

BÄCKER ZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg 23, Maxstraße 5.)

Offizielles Organ
der Zentral-Arbeiter- und
Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden, Bühlengasse 12.)

Der bevorstehende Umschwung in der Sozialpolitik.

Seit Jahren jammert die kapitalistisch durchseuchte Presse darüber, daß die sozialpolitischen Maßnahmen in Deutschland für das Unternehmertum immer untragbarer würden und eine ganz ungehörliche Bevorzugung der Arbeiter bedeuteten, während die Unternehmer unter der schweren Last erdrückt würden. Mit konsequenter Bosheit wird die Behauptung immer von neuem wiederholt, daß unsere Sozialpolitik den Instinkten der Masse sich mehr als entgegengerichtet und der Arbeiterklasse Rechte einräume, ohne entsprechende Pflichten von ihnen zu fordern. „Die Verkennung des naturnotwendigen Verhältnisses zwischen Pflichten und Rechten“, so schrieb die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ vor kurzem, „ist das Merkmal der gegenwärtig in Schwung und Mode gekommenen Sozialpolitik. Namentlich die wissenschaftlichen Vertreter der neueren Nationalökonomie huldigen mit wenigen Ausnahmen der Ansicht, daß einem gewissen Teile der Menschheit bestimmte Rechte zugebilligt werden müßten, ohne daß diese dafür den Zwang irgend welcher Pflichterfüllung zu übernehmen bräuchten. Es bedarf keiner näheren Darlegung, daß eine solche Lehre wahrhaft moralisch und sozial verwerflich ist, und daß die Wirkungen, die sie hervorzubringen imstande ist, so schädlich und nachteilig eintreten, je williger sich die Regierungsgewalten in das Fahrwasser einer solchen, das moralische Gleichgewicht zwischen Recht und Pflicht verletzenden Weltanschauung begeben. Die moderne Gesetzgebung, die Rechtspflege, die hohe und höchste Staatspolitik, zum großen Teil auch die von einer sozialideologischen und liberalisierenden Presse beeinflusste Öffentlichkeit geben sich aber allzu häufig den Einflüssen hin, welche aus jener trüben Quelle des Irrtums hervordringen.“

Daß die moderne Staatspolitik die große Masse des Volkes bevorzuge, kann nur ein Mensch behaupten, der noch nie etwas von der neuzeitlichen Zoll- und Steuerpolitik gehört hat und der die herrschende Polizeitaktik und die moderne Rechtspflege nicht kennt. Ebenso wenig entspricht es den Tatsachen, wenn in dem Artikel weiter behauptet wird: „Für die Arbeitslosen muß gesorgt werden, das ist eben das Recht der Faulenzer, daß der Staat oder die Besitzenden für sie eintreten, Pflichten gibt es nicht. Die Arbeiterschaft muß am Gewinn beteiligt werden, vom Verlust bleibt sie frei, das ist ihr gutes Recht, und Pflichten gibt es nicht. Dem Unternehmer, der das Risiko trägt, der die Idee des Unternehmens gehabt und in die Wirklichkeit umgekehrt hat, der mit dem Werk seines Geistes, seines Vermögens und wie oft auch seiner Hände verwachsen ist, steht als gleichwertiger und gleichberechtigter Faktor die Arbeiterschaft gegenüber, die zumeist ein rein mechanisches Glied des Unternehmens darstellt, an jedem Wochenlohn ihren Lohn einzieht und sich im übrigen den Tausel um die Sorgen des Arbeitgebers schert. Aber sie soll die gleichen Rechte haben, Parität und nochmals Parität ist die Lösung; Arbeiterausschüsse, paritätische Arbeitsnachweise, paritätische Schiedsgerichte sorgen dafür, daß das Recht des Arbeiters gewahrt bleibt, Pflichten gibt es nicht! Boykott, Sperrre, Berufsverklärung, Kontraktbruch, alles Rechte des Arbeiters! Pflichten zum Ersatz des Schadens, Verantwortlichkeit für das angerichtete Unheil, Pflichten dieser Art gibt es nicht! Wehe aber dem Arbeitgeber, der sich herausnehmen würde, dieselben Rechte sich anzumessen!“

Das ewige Gerede von der Bevorzugung der Arbeiter hat es dahin gebracht, daß selbst Leute, die es besser wissen wollen, sich dadurch täuschen lassen. Der Vorstehende des letzten evangelisch-sozialen Kongresses, Professor O. v. a. d. Lang, ein begeistertes Loblied auf die Leistungen der deutschen Sozialpolitik und pries die Arbeiterfürsorge der Regierung in hohen Tönen und selbst der deutsche Kaiser soll die sozialpolitischen Wohltaten mit einer vollen Komposition verglichen haben, die den Arbeitern weggenommen werden müsse. Von Seiten der gewerkschaftlichen und gewerkschaftsnahen Scharfmacher wird systematisch auf einen Um-

schwung in der Sozialpolitik hingearbeitet. So konnte man in den letzten Tagen in kapitalistischen Zeitungen lesen: „Gewiß ist der Arbeiter das wichtigste Objekt aller sozialen Politik, aber er ist es doch nicht allein. Was ist er ohne den Unternehmer, ohne den Staat? Die Gesamtheit kann nur bei wahrer Sozialpolitik, nicht bei bloßer Arbeiterpolitik gedeihen, d. h. sie darf alle Gesetzgebung nicht bloß daraufhin prüfen, wie sie auf den Arbeiter, sondern auch wie sie auf den Arbeitgeber wirkt. Heute ist bei uns der Arbeiter das Subjekt, der Arbeitgeber das Objekt der Gesetzgebung. Es ist nachgerade genug Arbeiterpolitik im deutschen Reich getrieben worden, so übermäßig viel, daß die Arbeitgeber in ihren Betrieben nahezu entrechtet und der Sozialdemokratie von Staatswegen ausgeliefert worden sind. Das muß einmal aufhören, wenn die deutsche Industrie lukrativ und konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt, den Unternehmern aber die Lust an ihrer Arbeit erhalten bleiben soll.“

Die hauptsächlichsten Gründe, die nach den Ausführungen der Scharfmacher für einen Umschwung in der Sozialpolitik sprechen, sind darin zu suchen, daß die Arbeiter trotz aller Wohltaten und aller sozialer Fürsorge immer undankbarer werden; sie sind weit davon entfernt, den „Vater Staat“ gebührend zu achten und zu ehren und durch ihre Tugenden und ihre Leistungen ihm den Dank abzustatten, und wie sie das „gute Herz“ der Unternehmer einschälen, das ist geradezu zum Weinen. Auch das sozialpolitische Wettrennen der bürgerlichen Parteien, so spotten die Scharfmacher, verfehlt ihren Zweck, denn die Arbeiter werden sich in immer größeren Scharen von ihnen ab und gehen zur Sozialdemokratie über.

Diese Dankbarkeits- resp. Undankbarkeitstheorie macht einen lächerlichen Eindruck und tatsächlich lachen die modernen, aufgeklärten Arbeiter über die Forderung, daß sie dankbar sein und wie artige Kinder ihren Wohltätern Freude machen sollen. Vor allen Dingen haben die Klassenbewußten Proletarier einsehen gelernt, daß sie keine Kinder mehr sind und daß sie keine Wohltaten bekommen, sondern nur einen geringen Bruchteil von dem erhalten, was ihnen von Rechts wegen zukommt. Aber die „nach Bildung und Besitz maßgebenden Kreise“ in Deutschland können sich noch immer nicht von der Illusion freimachen, daß die Arbeiter Dankbarkeit schuldig seien, trotzdem dieser Anspruch sich mit dem modernen Rechtsempfinden durchaus nicht mehr vereinbaren läßt. Zwischen Unternehmer und Arbeiter fehlt heutzutage jedes persönliche Band, sie stehen lediglich in einem geschäftlichen Verhältnis wie Käufer und Verkäufer; ebenso wenig wie der Verkäufer dem Käufer etwas schenkt — und wenn er dies noch so sehr beteuert — oder wie der Käufer dem Verkäufer höhere Preise zahlt, als gefordert werden, ebenso wenig schenkt der Unternehmer dem Arbeiter irgend etwas. Und selbst wenn ein einzelner Unternehmer sich anständig benimmt, verdienen will er unter allen Umständen, und die gesamte Unternehmerklasse will erst recht verdienen; und wenn sie sich noch so sehr in den Mantel der Wohltätigkeit hüllt und von Menschenliebe überfließt, das Geschäft muß Ueberflüsse abwerfen, denn vom Verdienst muß der Schornstein rauchen. Es ist eine volkswirtschaftliche Tatsache, daß der Arbeiter vom Unternehmer ausgebeutet wird und es läßt sich kaum verlangen, daß er dafür dankbar sein soll; der Unternehmer macht sich keine Gewissensbisse darüber und benutzte sein Ausbeutungsrecht nach Verzenslust, obendrein fordert er dann noch Dankbarkeit. Komisch, zu komisch! Und wenn dann die Arbeiter durch ihre starken Organisationen unter unermesslichen Mühen und Opfern dem Unternehmertum Verbesserungen abringen, wenn sie einen Schutz erzwingen gegen die Auswüchse des ausbeuterischen Systems, dann sollen sie für das, was sie durch eigene Kraft errungen haben, dem Unternehmertum noch dankbar sein? Ein törichtes Verlangen! Ganz genau so liegt es mit der Dankbarkeit gegenüber dem Staat. Der kapitalistisch durchseuchte Klassenstaat, der immer und überall die Interessen

des Kapitals vertritt, der bei jedem Streite zwischen Unternehmern und Arbeitern mit tödlicher Sicherheit die Partei der Unternehmer ergreift, der den besitzenden Klassen durch Steuern und Zölle und Liebesgaben Millionen in die Tasche steckt, während er das arbeitende Volk immer mehr belastet, dieser Klassenstaat rechnet auf die Dankbarkeit des Proletariats?! Eine Dummheitsfrage! Sondern gelingen es den Arbeitern, dem Staate einen winzigen Teil desjenigen wieder abzunehmen, was er ihnen vorher genommen hat. Wie es bei Schiller heißt:

„Nehmen sie uns das Unreine in Scheffeln,
Dann suchen wir es wieder zu bekommen in Häffeln.“
Wenn man die ganze deutsche Sozialpolitik als einen Versuch auffaßt, die Arbeiter zu guten, artigen Kindern zu erziehen, so muß man sagen, daß dieser Versuch gänzlich gescheitert ist. Und da erscheint es denn ganz erklärlich, daß man in Scharfmacherkreisen und auch am Regierungstische nicht nur eine Verlangsamung der Sozialpolitik für wünschenswert hält, sondern daß man geradezu einen Umschwung des sozialpolitischen Kurzes anstrebt. Diese Absicht wird offen ausgesprochen und zwar weist man dem Grafen Rosabowski die Aufgabe zu, diesen Plan in die Wirklichkeit umzusetzen. In den letzten Wochen tauchte das Gerücht auf und erhielt sich hartnäckig, daß die Ministerialaufsicht Rosabowskis ein jähes Ende finden werde, da sein „Was zum Ueberlaufen vom Tische“ sich hauptsächlich die Schuld an der „verderblichen Entwicklung der Sozialpolitik“ in den letzten Jahren. Das Gerücht scheint sich nicht zu bestätigen. Und nun sind die Scharfmacherzeitungen niederträchtig genug, das Verbleiben des Ministers im Amte als eine Forderung der ausgleichenden Gerechtigkeit hinzustellen, da man ihm Gelegenheit geben müsse, den angerichteten Schaden wieder gut zu machen. Ausdrücklich weisen sie auf die Vorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und auf die bevorstehende Reform der Arbeiterversicherungs-gesetzgebung hin, die ihm eine Gelegenheit hierzu böte. „Es wäre grausam und ungerecht“, so schrieb die Scharfmacherpresse höhnisch, „wollte man dem Grafen Rosabowski diese günstige Gelegenheit, seiner Pflicht gegen Staat und Gesellschaft zu genügen, verweigern. Gern geben wir uns der Hoffnung hin, daß er sie mit fester Hand ergreifen wird, damit sein Bild als Staatsmann noch zu guterletzt eine erfreuliche Ergänzung erhält.“ Mag aber diese Hoffnung eintreffen oder nicht, die organisierten Arbeiter werden nach wie vor auf dem Posten sein, um die Pläne der Scharfmacher gründlich zu schanden zu machen.

Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1905.

Daß die von der organisierten Arbeiterschaft errichteten Institute für Auskunfterteilung und Rechtsbelehrung von eminenter Bedeutung für weite Kreise der Bevölkerung geworden sind, wird, wenn es eines Beweises dafür überhaupt noch bedarf, am drastischsten dadurch bewiesen, daß die Frequenz der bestehenden Institute andauernd steigt und daß aus allen Industrieorten und -Zentren, in denen Sekretariate noch nicht bestehen, immer dringender der Ruf nach Errichtung solcher Institute erschallt. Aber auch die Tatsache, daß die christlichen Gewerkschaften der Errichtung von Arbeitersekretariaten und Rechtsauskunftstellen ihre Aufmerksamkeit in stich steigendem Maße zuwenden sowie daß auch bürgerliche und kommunale Kreise der Errichtung solcher Institute das Wort reden, sind Beweise dafür, daß auf diesem Gebiete die deutschen Gewerkschaften bahnbrechend vorgingen und einem immer dringender sich bemerkbar machenden Bedürfnis nach Möglichkeit abzuheilen suchten.

Die Erkenntnis für die Notwendigkeit der Arbeitersekretariate und deren erfolgreiches Wirken in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft zu erwecken, war eine Aufgabe, die sich die Generalkommission angelegen sein ließ und seit 1901 mit gutem Erfolg mittels der statistischen Erhebungen und der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse durchführte.

An der gegen die Vorjahre bedeutend erweiterten Statistik für 1905 sind 67 Sekretariate und 111 Auskunftsstellen beteiligt, so daß die Berichte von 178 sich mit Rechtsfällen und Auskunfterteilung befassenden Instituten der Bearbeitung zugrunde lagen. Von den Ende 1905 bestehenden Sekretariaten ist nur das Würzburger an der Statistik nicht beteiligt.

Von den mit bestem und reichlichem Erfolg vertretenen Kassen betreffen die Unfallversicherung 1235, die Krankenversicherung und des Invaliditätskassen 189, die Lebensversicherung 160, Arbeits- und Dienstvertrag 350 und der Gewerkschaften 135. Das Kapital wurde sich weit häufiger verhalten, wenn die Sekretariate in der Lage wären, aber den Zugang eher von ihnen wahrgenommen werden könnte. Von den Kassenbetreibern zu können. Den Rechtshabenden ist es, wenn ihnen die Sekretariate zu ihrem Recht verhelfen, die letzten über den Zugang der Sache zu unterbreiten, stellt ihnen in den meisten Fällen gar nicht ein. Man kann leicht die Tatsache, das 1941 von 2757 Stellen mit einem Anwesenheit wurden, erkennen, mit welcher

zung von „gemeinnützigen“ Rechtsauskunftsstellen den Arbeitersekretariaten Abbruch tun zu können, wollen wir sie nicht stören. Gegen die Errichtung und Unterhaltung gemeinnütziger und kommunaler Rechtsauskunftsbureaus wäre an sich gar nichts einzuwenden, wenn diese in Wirklichkeit dem Zwecke dienen sollten, der sich aus ihrer Benennung ergibt. Da aber diese Einrichtungen ausgesprochen dazu dienen sollen, die Arbeiter namentlich vor den sozialdemokratischen Einflüssen zu schützen, so haben wir dagegen Verwahrung einzulegen, daß unter dem Deckmantel der Rechtsbelehrung mit Mitteln des Staates und der Kommune eine antisozialistische und antigewerkschaftliche Propaganda getrieben wird.

Nebst dem brauchen wir an diese Gründungen keinerlei Beschränkungen zu knüpfen. Der Boden, auf dem unsere Arbeitersekretariate aufgebaut sind, die Atmosphäre, die sie umgibt, sie sind zu sehr geeignet, deren Entwicklung zu fördern, als daß solche Mittel das Wachstum der Sekretariate zu beeinträchtigen vermöchten. In den kommunalen und gemeinnützigen Auskunftsstellen werden jene „möglichen“ Elemente sich Rechtsbelehrung holen, die bisher unsere Sekretariate überflüssigweise belasteten und die bei wirtschaftlichen Kämpfen zur höheren Ehre des Kapitalismus ihren Arbeitsbrüdern stets in den Rücken fallen. Unsere Sekretariate werden durch solche Entlastung keinen Schaden nehmen, sondern rascher und intensiver wird ihre Entwicklung fortschreiten zum Nutzen der Arbeiterbewegung und zum Segen des Volkes.

L. Brunner.

Zur Arbeitsmarktlage.

Von Monat zu Monat steigt der günstige Charakter der Gesamtsituation auf dem deutschen Arbeitsmarkt und die Riffern der Arbeitslosen schwinden demgemäß auf ein Minimum zusammen. Lokale Umstände oder Saisonverhältnisse bedingen zwar in einzelnen Berufen ein ungünstiges Bild, im großen ganzen haben aber die Arbeiter, so weit die Beschäftigungsverhältnisse in Betracht kommen, gute Zeit. Doch haben sie keine Aussicht, sich dieser Verhältnisse lange zu erfreuen, das Damoklesschwert der Krise hängt stetig über ihnen und auch der Vater Staat sorgt dafür, daß sie nicht ruhig den kommenden Zeiten entgegensehen können. Mit dem 1. Juli z. B. treten die neuen Steuern in Wirksamkeit, die zweifellos den davon betroffenen Gewerben einen Rückschlag bringen werden, den in allererster Linie die Arbeiter zu spüren bekommen.

Was die Arbeitsmarktlage in der letzten Zeit betrifft, ist eine Veränderung der günstigen Verhältnisse nicht eingetreten. Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ waren die Verhältnisse im Kohlenbergbau und der Metall- und Maschinenindustrie sehr gut und in den letzteren Gewerben nur durch umfangreiche Streiks und Ausperrungen beeinflusst. In den übrigen Hauptzweigen der Großindustrie, der Textilindustrie, der chemischen Industrie, der elektrischen Industrie war die Arbeitslage gleichfalls ungewöhnlich günstig, und ebenso war das Baugewerbe in den meisten Bezirken voll beschäftigt, soweit nicht durch Streiks oder Ausperrungen Störungen hervorgerufen wurden. Im übrigen machten sich auf dem Arbeitsmarkt die Ansprüche der Landwirtschaft für Zwecke der Heuernte geltend, auch die Reisezeit brachte verstärkte Beschäftigung der Verkehrsanstalten und eine Verschiebung der Arbeitskräfte aus den Großstädten in die Kurorte bei einer Reihe von Gewerben. Die Mitgliederzahl der Frankfurter Kasse stieg in der Periode Mai-Juni um 61 662 Personen gegenüber 98 027 im Vormonat. Bei den Arbeitsnachweisen, die an das „Reichsarbeitsblatt“ berichten, zeigte sich im Mai gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine Abnahme der Arbeitsgesuche um rund 3900, eine Zunahme der offenen Stellen um rund 16 100.

Für unseren Beruf zeigt sich aus den Zusammenstellungen der Ergebnisse der Facharbeitsnachweise, daß gegen den gleichen Monat des Vorjahres eine Zunahme der Arbeitsgesuche um 175, der offenen Stellen um 493 und der besetzten Stellen um 481 eingetreten ist. Die Vermittlungstätigkeit in unserem Gewerbe bei den Nachweisen der einzelnen Orte war folgende: Es kamen bei dem

Arbeitsnachweis	Stellen- suchende	Offene Stellen	Besetzte Stellen
des Provinzialverbandes der Baderinnen Ostpreußens	75	71	71
des Zentralvereins f. A.-M. in Berlin	672	337	334
Baderinung Konfordia, Berlin	306	306	255
„ Germania I, Berlin	653	521	521
„ Germania II, Berlin	500	367	367
„ Frankfurt a. O.	38	26	26
„ Potsdam	63	60	58
„ Stettin	54	54	54
„ Posen	77	73	67
„ Breslau	330	323	323
„ Halle a. S.	141	133	133
„ Kiel	83	44	44
„ Danzow	184	133	133
„ Frankfurt a. M.	138	77	77
„ Elberfeld	56	56	56
„ München	422	227	213
„ Nürnberg	55	40	25
„ Chemnitz	273	211	211
„ Dresden	252	250	250
„ Leipzig	474	397	376
„ Stuttgart	192	152	152
„ Freiburg i. B.	84	80	75
„ Weidelsberg	23	25	25
„ Karlsruhe	111	97	85
„ Mannheim	149	125	92
„ Pforzheim	21	30	21
„ Darmstadt	59	60	56
„ Lübeck	56	44	44
„ Hamburg	477	423	423

Das ergibt auf 6033 Arbeitssuchende 4827 offene Stellen und 1206 besetzte Stellen. Auf 100 offene Stellen entfielen demnach 124,9 Arbeitssuchende gegen 119,7 im Vormonat. Es ist daher eine Vermehrung der Arbeitssuchenden eingetreten, was durch die Pfingstfeiertage keine Erklärung findet. Unter den angeführten 4827 offenen Stellen waren 612 Ausperrungen, außerdem sind von verschiedenen Nachweisen 303 Ausperrungen vermittelt worden. Die Bewegung in Berlin zeigt immer noch zahlreiche Elemente nach dort, so daß bei sämtlichen Berliner Nachweisen ein hartes Ueberangebot von Arbeitskräften zu verzeichnen war, die zum Nachschub betonen denn auch frohlockend, daß sehr viele fremde Geiseln, d. h. sehr viel Ausbeutungss-

objekte vorhanden sind. Der Streik in Stettin hat gleichfalls auf die Arbeitslage nicht unbedeutend eingewirkt; aus Halle und Karlsruhe wird über Mangel an jüngeren Arbeitskräften geklagt, in Lübeck fehlte es gleichfalls an Arbeitskräften. Von den übrigen Arbeitsnachweisen unseres Berufs liegen Neuierungen über die Lage des Arbeitsmarktes nicht vor; die Riffern derselben lassen jedoch darauf schließen, daß die Verhältnisse in unserem Gewerbe trotz den einzelnen Sammerschreien nach geeigneten Arbeitskräften nicht derart sind, um wirklich gut genannt werden zu können.

Zeitgemäße Betrachtungen.

In größeren Städten, wo die Arbeitslosigkeit eine sehr große ist, da ist man schon seit einer Reihe von Jahren dazu gekommen, jüngere Kollegen dahin zu dirigieren, wo bedeutend mehr Arbeitsgelegenheit vorhanden ist, das Gleiche ist bei einem Streik der Fall. Da nun schon in solchen Gegenden, welche diese Mitglieder aufnehmen, eine Opposition selbst unter führenden Mitgliedern sich öfters bemerkbar gemacht hat, will ich einmal den Versuch machen, diese Maßregel zu verteidigen. Man braucht bloß frühere Versammlungsberichte der Mitgliedschaft vorzulesen, um sich darüber zu vergegenwärtigen. In erster Linie müssen wir fragen: Sind wir berechtigt, dorthin Arbeitslose zu dirigieren? Zweitens: Tut es den dortigen Mitgliedern oder unserer Bewegung Schaden? Drittens: Sind die Mitglieder berechtigt, darüber aufgebracht zu sein, wenn wir Arbeitslose nach dem Frankfurter oder Düsseldorfer Gau hinschicken? Ich will gleich mit Beantwortung der dritten Frage beginnen, indem ich behaupte, die Opposition dieser Kollegen rührt bloß daher, weil dieselben sich kein Urteil machen können über die große Zahl der dort arbeitslosen Bäder, welche wir z. B. in Süddeutschland in den größeren Städten haben. Wir müssen bedenken, daß in Bayern z. B. bloß München, Augsburg und Nürnberg eine größere Anziehungskraft auf die Kollegen ausüben, und bei den „horrenden“ Löhnen, welche hierzulande an die Bäder bezahlt werden, ist es naturgemäß, daß sich die Kollegen aus den kleineren Landorten alle nach den großen Städten ziehen und hier lieber monatelang arbeitslos sind, als wieder nach ihrem Elend zurückkehren, wo die Stellen noch wieber mit Lehrlingen ausgefüllt sind, denn hier unter der ländlichen Bevölkerung ist auch noch der Glaube verbreitet, daß ein Bader immer zu essen hat. Zweitens gehen die Kleinmeister in München sowie in anderen Städten immer mehr dazu über, soviel wie möglich Lehrlinge einzustellen. Daß dadurch eine enorme Arbeitslosigkeit gezeugt wird, ist erklärlich und wird bloß durch unsere Unterstüßungsanstalten dieselbe etwas gemildert. Aber was bedeutet sechs Wochen Arbeitslosenunterstützung für einen Bader z. B. in München, welche durchschnittlich 3-10 Monate arbeitslos sein müssen. Ebenso ist es in anderen Gegenden Deutschlands. Dagegen haben wir wieder in Gegenden, wo einerseits die Verhältnisse in unserem Berufe so schlecht sind, daß eine allgemeine Flucht unserer Kollegen nach den Großstädten stattfindet, wo dieselben doch wenigstens als Tagelöhner ein auskömmliches Leben haben, und wo unsere Organisation schon bessere Verhältnisse geschaffen hat, andererseits wieder industrielle Provinzen, wo die Bäder massenhaft in andere Berufe flüchten (Eisen Krupp) und wo zur Zeit der Hochkonjunktur ein Arbeitermangel herrscht. Ist es nun nicht eine schöne Aufgabe unserer Organisation, dieses zu regulieren? Drittens besteht oft die falsche Meinung, wenn ein Verbandsmitglied irgendwo in Arbeit kommt, wo wir noch nicht eingedrungen, da müßte dasselbe so schnell wie möglich wieder verschwinden. Man macht sich erst für die Organisation verdient, wenn man in solchen Bezirken bleibt und kämpft, um Mitglieder zu gewinnen und bessere Verhältnisse zu schaffen! Darum ergeht auch bloß an alle intelligenten Mitglieder der Aufruf, hinauszuziehen und unser Programm zu verkünden. Und die Kollegen dürfen doch nicht denken, daß solche Mitglieder, auch wo dieselben hinkommen, den Lohn drücken. Was dann noch eins: Ich erinnere mich eines Falles, wo in Essen im vorigen Winter einmal bis zu 20 Kollegen arbeitslos waren, darunter einer am längsten 10 Tage, daß mir die bittersten Vorwürfe gemacht wurden, weil ich und verschiedene andere Kollegen dafür eingetreten sind, daß Arbeitslose dahin geschickt wurden. Dabei handelt es sich im Ruhrgebiet höchstens immer um 8-14tägige Arbeitslosigkeit. Wir wären gut daran, wenn es überall so wäre. Wir haben auch immer die Erfahrung gemacht, daß die zugerufenen Mitglieder, bis auf einige Ausnahmen, alles sehr tüchtige, tätige Kollegen waren, und keineswegs als Lohnbrüder hervorgetreten, wie auch meine dortigen Freunde bezeugen können. Damit erledigt sich die zweite Frage, und muß die erste dahin beantwortet werden, daß unsere Organisationsleitung nicht bloß das Recht, sondern auch die Pflicht hat, die Arbeitslosigkeit in dieser Art zu regeln, und dadurch zugleich unsere Verband in den schwärzesten Bezirken Eingang zu verschaffen. Also etwas mehr Einsicht!

Josef Bauer, München.

Vom „Verbandslage“ der Christlichen.

Das „Christliche Bader- und Konditoren-Verbandchen“ hat seinen „großen“ Tag von Essen hinter sich. In Nr. 12 des „Korrespondenzblatt für B. u. K.“ befindet sich ein Bericht hierüber, der selbstverständlich den Mitgliedern Anschluß geben soll über die Mitglieder- und Kassenerhältnisse, über die Erfolge und Errungenschaften, sowie über die Entwicklung des „Verbandes“ im allgemeinen. Wer aber hofft, von all dem auch nur ein klein wenig durch den Bericht unterrichtet zu werden, der dürfte durch die Lektüre desselben gründlich getäuscht werden. Die Mitglieder dieses Verbandchens brauchen ja nichts zu wissen, sie haben als gute Christen nur zu glauben, so denkt wenigstens die Zeitung desselben und handelt auch demgemäß. Uebrigens dünkt es uns, als ob überhaupt nicht viel zu berichten gewesen sei und die Zeitung keinen Willen nicht mehr berichten konnte. Sehen wir uns also den Bericht selber an, der nichts enthält als wenig Worte, die wenig oder garnichts belegen, und dann, was das Hauptstückliche wäre — jede Zahl mangelt. Der „Geschäftsbericht“ umfaßt 13½ Zeilen und mag demselben auch hier Raum gewährt werden. Er lautet:

In der Berichtsperiode wurde ein Hauptaugenmerk auf die geistige Schulung (Von den Erfolgen zeigen die bekannten Briefe an unsere Führer. D. M.) und die dadurch bedingene Veranbildung von Vorantern (Spreng-

kolonnen. D. M.) für unsere Bewegung gerichtet. Dabei wurde denn auch nach Möglichkeit für die weitere Ausbreitung unseres Verbandes gearbeitet. (Wer hat denn das Organ vor dem 1. Januar 1906 bezahlt? D. M.) Daß in letzterer Beziehung nicht mehr geschehen ist, hat seinen Grund darin, daß die Mittel für die Agitation äußerst beschränkt waren. Hieran wirkte besonders das Eingehen des „Christlichen Gewerkschaftsblattes“ für die kleineren Verbände ein, weil dadurch unser Verband in die Notwendigkeit versetzt wurde, ein eigenes Organ herauszugeben, was natürlich im Verhältnis zur Mitgliederzahl eine große Ausgabe erforderte.

Soweit der „Geschäftsbericht“, dem der Bericht über die „Errungenschaften“ folgt. Er umfaßt 7½ Zeilen und lautet:

„Seiner wirtschaftlichen Aufgabe ist sich der Verband stets bemüht gewesen und habe er für die Kollegen eine richtige Interessenvertretung. Im Verhältnis zu seiner Größe hat unser Verband für seine Mitglieder namhafte Erfolge erzielt, sowohl durch Lohnbewegungen (Siehe Passau. D. M.) sowie auch durch Eingreifen bei den verschiedensten Fragen.“

Was das für „Fragen“ sind, bei denen das Verbandchen eingegriffen hat, ist im Bericht nicht gesagt. Wir wollen hier nachhaken und nur ein paar solche Fragen anführen. Es ist „eingegriffen“ worden bei der Lohnbewegung der Kollegen in der „Videndorfer Dampfsmühle“ auf Wunsch der Fabrikleitung, nach der Dr. Goldberg-Versammlung in Köln auf Befehl der dortigen Innung und bei dem Sonntagsruhestreik in Elberfeld. Die schäbige Verräterrolle, die dabei das „Verbandchen“ spielte, ist bekannt. Dann folgen 2½ Zeilen über die Mitgliederzahl, in denen es heißt:

„Ein wenig auch kleiner, so aber fester und treuer Stamm ist vorhanden und gilt es nun, auf diesem Fundament weiter zu bauen.“

Ueber den „kleinen Stamm“ ist also der Christliche auch heute noch nicht hinausgekommen.

Der „Kassenbericht“ enthält nur die Konstatierung, der Revisoren, daß alles in Ordnung ist, weiter nichts.

Dann wird berichtet, daß der Wochenbeitrag von 25 auf 40 M. ab 1. Juli d. J. erhöht wird. Diese Beitragserhöhung machte sich hauptsächlich nötig, weil der Zeitungsdrucker die Zeitung nicht umsonst drucken will und weil der neu angestellte Beamte auch nicht von der christlichen Luft allein leben kann. Außerdem wurde auch Krankenunterstützung eingeführt, die auf die Dauer von 45 Tagen pro Tag nach einjähriger Mitgliedschaft 60 M. nach zweijähriger Mitgliedschaft 80 M. und nach dreijähriger Mitgliedschaft 1 M. beträgt. Die Reiseunterstützung wurde auf 25 Tage und ebenso viele Mark erhöht. Schmitz-Düsseldorf wurde als „Beamtler“ angestellt. Wer bisher die Jubiläen Christian I. bestritten hat, ist nicht gesagt. Dann heißt es im Bericht wörtlich: „Bei den Anträgen auf Wiederaufnahme in den Verband wurde dem Antrage des Kollegen Schneider-Köln stattgegeben. Derselbe war nebst dem Kollegen Schmitz-Köln wegen beleidigender Äußerungen auf einem Fragebogen des deutschen Verbandes seinerzeit von der Kölner Zählstelle ausgeschlossen worden. Es wurde festgestellt, daß Schneider weder beleidigende Bemerkungen auf den Fragebogen geschrieben, noch an der Einreichung des Fragebogens beteiligt war.“

Also Schneider kann wieder Mitglied des Verbandchens bleiben, weil er weder beleidigendes auf den Fragebogen geschrieben, noch an der Einreichung desselben beteiligt war. Man weiß tatsächlich nicht, was man zu diesem Jubiläumsschreiben sagen soll. „Schneider hat keine Beleidigung begangen“, so stellt der christliche Verbandsrat fest, nachdem derselbe Schneider fünf Tage vorher vom Kölner Amtsgericht zu 6 M. Geldstrafe, im Falle der Uneinbringlichkeit zu zwei Tagen Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt wurde. Das Gericht hat beide, Schmitzler und Schneider, für zwei gleichwertige Sünder gehalten und sie auch danach verurteilt, aber der christliche Verbandsrat nicht. Die Gemeinheiten, die Schneider geschrieben hat, billigte also der christliche Verbandsrat, das muß festgehalten werden.

Das wäre somit das Fazit des „Essener Tages“, der die Ohnmacht und Bedeutungslosigkeit dieser Gesellschaft in Christo selbst bestätigte. Wenn wir davon Notiz genommen haben, so nur deshalb, um der Chronikpflicht zu genügen und um einiges richtig zu stellen, was der Richtigstellung unbedingt bedurfte.

Allerhand Scharfmacherisches aus Hamburg.

In Nr. 45/46 vom 9. Juni 1906 hat ein Herr „Hys“ unter der Ueberschrift: „Wacht auf, ihr Badermeister“, einen Artikel veröffentlicht, der nicht nur darum für uns bemerkenswert ist, weil aus demselben zu ersehen ist, wie einzelnen Scharfmachern der Auffassung unserer Organisation in die Glieder gefahren und die Angst und die Unbeholfenheit ihrer Lage sie zu allerhand erdachtsten Fantastien führt, sondern andererseits sind wir auch genötigt, den grundlosen Behauptungen entgegenzutreten, um keine falsche Meinung aufkommen zu lassen.

Mit dem altbekannten Mittel der Scharfmacher-epigonen hat Herr „Hys“ sich zur Debatte gewählt. Ich nehme nicht zu kleine Proben, und wenn ich judizieren soll, so nehme ich auch das Maß recht voll. So hatte er gleich im Anfang die Sozialdemokratie auf Korn genommen, denn ohne die geht es heute nicht mehr und in „besonderen Kreisen“ findet man dann Anerkennung. Dieses Schreckmittel Sozialdemokratie soll auf die gewerkschaftlich organisierten eine Wirkung ausüben; wie naiv!

Herr „Hys“ geht auf den Grund der Sache und will erörtern haben, daß der Deutsche Baderverband vollständig sozialistisch ist; er zieht Schlussfolgerungen und findet, daß die Bestrebungen, das Wesen und die Ziele vollständig auf den Umsturz gerichtet sind. Der Geschloß, der Allmann und andere sind revolutionär und da heißt es: Badermeister aufgepaßt! Er begibt sich auf das Gebiet der Politik und der Nationalökonomie, er operiert mit Zitaten einzelner hervorragender Arbeiterführer und enträufelt sich schreie ausdrücklich „enträufelt“, weil ihm ein lares Verständnis fehlt, daß der Baderverband in Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie den selbständigen Handwerksmann, den Mittelstand beilegen will. Ich nehme an, daß Herr „Hys“ sich nicht freiwillig auf diese Gebiete begeben hat und lege ihm folgende Worte in den Mund: „So stehe ich hier, ich armer Tor, und bin so klug wie grad zuvor.“

„Ici vérité arriver toujours à temps pour l'histoire“, — und wenn der Mittelstandsretter den gestügten Geist der Zeit nicht begreift, so darum, weil er vom Geiste der Tage umstritten ist; die Redlichkeit kann eben nicht durch-

Unsere Lohnbewegungen.

Zur Lohnbewegung in Traunstein und Umgebung.

Wie bereits schon bekannt ist, trugen sich auch die hiesigen Mitglieder mit dem Gedanken, in eine Lohnbewegung einzutreten. Nachdem hierzu jetzt die günstigste Zeit gekommen, wurde in der Mitgliederversammlung am 4. Juli beschlossen, an die Meister folgende Forderungen zu stellen, welche denselben nebst einem Begleitschreiben ausgestellt wurden:

Zwischen Unterzeichneten wurde vereinbart, daß vom 15. Juli 1906 ab die Gehälter:

1. Die Post (mit Ausnahme von Frühstücken und Brot) vom Meister nicht mehr bekommen, dafür pro Tag 1.30 M erhalten.

2. Die jetzigen Löhne werden um 3 M pro Woche erhöht, so daß der Lohn für den letzten Gehilfen mindestens 9 M, für Mischer 12 M und für den Schiefer 15 M beträgt.

3. An Sonntagen fällt das Schwarzbrotbacken aus und erhalten die Gehilfen außerdem jährlich 3 Tage frei unter Fortbezahlung des Lohnes.

4. Den Gehilfen sind ordentliche Schlafräume mit dem nötigen Mobiliar, Tisch, Schrank und Stühle, zur Verfügung zu stellen, ebenso ein Waschgehirr und wöchentlich zwei Handtücher.

Nicht mehr so unverständlich, wie dies vor Jahren noch der Fall war, benehmen sich unsere Meister bei den diesjährigen Lohnbewegungen in Bayern. Ja man könnte bereits sagen, die Herren Bäckermeister in anderen Gauen Deutschlands könnten sich in dieser Beziehung an ihnen ein Beispiel nehmen. Am 5. Juli gingen den Meistern die Forderungen zu, am 9. Juli ging folgende Antwort ein:

Traunstein den 8. Juli 1906.

Wohlg. Herrn Heinrich Gahner,

Vertreter der Bäckergehilfen Traunsteins.

In höflicher Erwiderung Ihrer geehrten Zuschrift beehren wir uns, Ihnen hierüber nachstehendes mitzuteilen. Bei der heutigen, von sämtlichen hiesigen Bäckermeistern abgehaltenen Versammlung wurden Ihre Forderungen der betr. 4 Punkte genau in Erwägung gezogen.

Vor allem müssen wir uns erlauben, Sie zu erinnern, daß Traunstein mit den übermäßig vielen Bäckermeistern bei keinem so rentiell ist, um Ihre Forderungen in allen Punkten annehmen zu können, denn dieselben übersteigen beträchtlich die Kräfte der einzelnen Meister.

Sie müssen auch bedenken, daß Sie Traunstein nicht mit Reichenhall und Berchtesgaden vergleichen dürfen, da dieselben in der Saison einen nicht mit uns zu vergleichenden Nutzen erzielen können, um wieder einen Ersatz für Aufbesserung der Gehälter zu erhalten.

Was Punkt 1 anbelangt, müssen wir aus gegenseitiger geschäftlicher Abhängigkeit ablehnen, zudem wir auch herausfinden, daß das auswärtige Essen für die Gehilfen alles eher als ein Nutzen ist.

Zu Punkt 2 wollen wir, damit die Gehilfen gewiß unser gutes Entgegenkommen anerkennen werden, die Löhne wie nachstehend erhöhen: 1. Klasse, Schiefer 14 M, Mischer 11 M, Postler 8 M; 2. Klasse, Schiefer 11 M, Mischer 8 M (ohne Beheizung 9 M).

Punkt 3 wird einstimmig angenommen, den dreitägigen Urlaub erhält aber nur der Gehilfe, welcher mindestens 1 Jahr bei betreffendem Meister in Arbeit steht.

Punkt 4 wird ohne Ausnahme angenommen.

Sollten Sie mit unserem gewiß guten Entgegenkommen nicht einverstanden sein, so wollen wir Sie noch aufmerksam machen, daß Sie die Sache eher verschlechtern als verbessern werden, da wir hiermit unser Möglichstes leisteten, wir ferner auch versichert sind, daß die meisten Gehilfen damit zufrieden sein werden. Außerdem werden uns unsere Kollegen, welche mit ihren Söhnen arbeiten, kräftig zur Seite stellen.

In aller Hochachtung Gg. Pfaller, Bäckermeister.
NB. Unsere Beschlüsse haben wir für die Dauer von 3 Jahren geltend gemacht und wollen mit Ihnen hierüber am Dienstag nachm. 1 Uhr in Unterhandlung treten.
(Folgen die Unterschriften.)

Zur Lohnbewegung in Rosenheim.

Auch hier ist es nach rastloser Agitation gelungen, die Kollegen zur Ueberzeugung zu bringen, daß von sich selbst die Verbesserungen nicht besser werden. Nachdem sich im letzten Monat 18 hiesige Kollegen annehmen ließen und von den 49 beschäftigten Gehilfen 46 beim Verbands sind, so beschloß eine am 8. Juli von 62 Kollegen besuchte Versammlung, an die Meister folgendes Schreiben zu richten:

Sehr geehrter Herr!

In einer von allen hiesigen Gehilfen besuchten Versammlung wurde beschlossen, an die sehr geehrten Herren Meister das Ersuchen zu richten, wegen nachstehenden Tarifvorschlages in Unterhandlungen zu treten. Die Gehilfen glauben, daß nachdem in München, Miesbach, Reichenhall usw. die Herren Meister denselben ihren Wunsch erfüllten, auch in Rosenheim dies möglich ist, zumal die Bedingungen so minimal sind, daß dieselben ohne Opfer leicht erfüllt werden können.

Tarif-Vorlage.

1. Die Post wird von nun ab (mit Ausnahme von Frühstücken und Brot) an die Gehilfen nicht mehr verabreicht.
2. Als Mindestlöhne sind folgendermaßen für Schiefer 25 M, Mischer 21 M, Postler 17 M (im ersten Jahre nach der Lehrzeit 16 M) zu bezahlen.
3. Gehilfen, welche den Meister beim Ofen ablösen, erhalten 2 M mehr. Ebenso sind Ueberstunden mit 50 % zu bezahlen und das Schwarzbrotbacken an Sonntagen abzuschaffen.

4. Als Ersatz für die Sonntagsruhe erhält jeder Gehilfe 3 Tage jährlich frei.

5. Entlassungen wegen Eintretens für obige Bedingungen und Verbandszugehörigkeit dürfen nicht stattfinden.

6. Vorstehender Vertrag gilt bis 15. Juli 1908 und muß 1 Monat vor Ablauf beiderseits gekündigt werden.

NB. Wir ersuchen die Herren Meister höflich, sich hierüber erst zu beraten und an untenstehende Adresse bis Donnerstag den 12. Juli Mitteilung gelangen zu lassen, wann und wo diesbezügliche Unterhandlungen stattfinden. Unterseits konnten solche am 12. Juli nachmittags, gepflogen werden und ersuchen Sie hierzu ein Votum bestimmen zu wollen. Auf sicherem Entgegen-

kommen und eine friedliche Lösung der Angelegenheit hoffen, zeichnet im Auftrage sämtlicher Gehilfen

Heinrich Gahner, Frühlingsstr. 31, hier.

Nun heißt es im Kampfe feststehen, damit die Meister auch in Rosenheim den Gehilfen ihr Recht gewähren müssen.

Ein 24stündiger Streit mit vollem Erfolg

hat in den Vergisch-Märkischen Brotfabriken stattgefunden. Aus dem Bericht in voriger Nummer geht schon hervor, wie die Arbeitgeber überhandt wurden durch den plötzlichen Streit. Am Mittwoch den 4. Juli hielten die Herren eine Versammlung ab und wie uns berichtet wurde, soll es dort recht heiter zugegangen und der Verband der Brotfabrikanten dort aufgelöst worden sein. Sofort nach der Versammlung kamen die anderen Fabrikanten in Ebersfeld und von Schwerte und bewilligten und am Morgen hatten Ullmann und Belzer von der Lohnkommission in Solingen verhandelt, so daß auch dort der Tarif anerkannt und die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Es hatten nun 24 Stunden Streit folgende Firmen bewilligt:

In Ebersfeld Ragermann mit 16 Bädern und 10 Rutschern, Neunkirchen mit 6 Bädern und 6 Rutschern, Barmes mit 7 Bädern und 5 Rutschern, Dender mit 6 Bädern und 7 Rutschern, Bergmann mit 10 Bädern und 8 Rutschern, Faber mit 10 Bädern und 8 Rutschern, Alberts mit 6 Bädern und 5 Rutschern.

In Solingen: Kullenberg mit 17 Bädern und 10 Rutschern, Weiskopf mit 7 Bädern und 5 Rutschern.

In Remscheid: Worlinghaus mit 9 Bädern und 7 Rutschern und Wagner mit 6 Bädern und 6 Rutschern und in Schwerte: die Schwerteer Brotfabrik mit 11 Bädern und 7 Rutschern.

Das sind zusammen 12 Firmen mit 111 Bädern und 84 Rutschern.

Ueber folgende Betriebe besteht der Boykott noch, da sie sich noch nicht zum Bewilligen bequemen konnten: Michaels-Ebersfeld mit 10 Bädern und 6 Rutschern (niemand organisiert), Mettmann Brotfabrik mit 22 Bädern und 15 Rutschern (nicht organisiert), Borneer Brotfabrik mit 6 Bädern und 6 Rutschern (nicht organisiert) und Haarmann und Kaiser in Hagen mit 24 Bädern und 9 Rutschern (die Bäder zum größten Teil organisiert).

Das waren noch 4 Firmen mit 62 Bädern und 36 Rutschern, von denen aber den einigen die Anerkennung des Tarifes noch sicher zu erwarten ist, während gegen die anderen der Boykott mit der größten Härte geführt werden muß, um auch diese Herren zum Nachgeben zu bewegen.

Der Erfolg, den unsere Kollegen durch ihre Einmütigkeit und durch ihr schnelles entschlossenes Handeln erzielt haben, ist also ein durchschlagender und wird das hoffentlich dazu beitragen, daß in einzelnen der geregelten Betriebe, in denen noch einige Unorganisierte arbeiten, auch diese sich nun unserem Verbands anschließen und tüchtige Kämpfer unserer Sache werden.

Sie haben ja nun gesehen, was Einigkeit und Mut und Geschlossenheit zu erreichen vermögen. Unsere Kollegen in diesen Betrieben, soweit sie zur Versammlung erschienen waren, betrugten sich äußerst brav und obgleich die meisten von ihnen bei ihrer schweren Arbeit die letzten Tage kaum einen Augenblick Ruhe gefunden, war ihnen keine Arbeit zuviel. Bei solchem Verhalten konnten auch die Erfolge nicht ausbleiben.

Der mit den 12 Firmen abgeschlossene Tarif bringt eine tägliche Verkürzung der Arbeitszeit um je 1 Stunde und wöchentlich 2 M. Lohnerhöhung und hat folgenden Wortlaut:

Tarifvertrag über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Vergisch-Märkischen Brotfabriken.

Zwischen den unterzeichneten Brotfabrikanten einerseits und der vom Verbands der Bäcker Deutschlands und dem Zentralverbande der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands ernannten Lohnkommission andererseits ist heute folgender Vertrag abgeschlossen worden:

1. Sämtliche Löhne gelten als Wochen- und Minimal-löhne. Wochenfeiertage werden mitbezahlt. Kost und Logis haben sämtliche Arbeiter außer dem Hause des Arbeitgebers. Das Lohnminimum beträgt: a) für Backstubenarbeiter 26 M, b) für Teigmacher und 2 Ofenarbeiter 28 M, c) Teigmacher oder Ofenarbeiter, welche die Stelle als Backmeister bekleiden 30 M, d) Ausfallsarbeiten sind, falls dieselben 3 Tage und darunter betragen, pro Schicht mit 5 M zu bezahlen, e) für Brotfabrikanten 27 M. (Die Rutschern haben jede Woche prompt abzurechnen. Eventuelle Mankos werden vom Lohn abgezogen.)

Bisher bezahlte höhere Löhne dürfen nicht gekürzt werden.

2. a) Die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden täglich, einschließlich einer 1- oder 2 x 1/2stündigen Pause. Im Falle einer 1stündigen Pause ist dieselbe möglichst in die Mitte der Schicht zu verlegen. Die Arbeitswoche darf nicht mehr als 6 Schichten enthalten.

b) Die Arbeit wird in einschichtigen Betrieben um 9 Uhr abends an den Wochentagen, um 11 Uhr abends an Sonn- und Feiertagen aufgenommen. Die Anfangszeit der letzten Schicht vor Sonn- und Feiertagen unterliegt der Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeiterrepräsentation.

c) In doppelschichtigen Betrieben wechseln die Schichten für sämtliche Arbeiter wöchentlich.

3. Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden, falls solche jedoch nötig sind, sind dieselben mit 60 % pro Mann und Stunde zu bezahlen.

4. Jedem Arbeiter sind nach einjähriger Tätigkeit im Betriebe 3 Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren.

5. Bei Bedarf von Arbeitskräften sind dieselben vom Arbeitsnachweis des Bäckerverbandes zu beziehen.

6. In jedem Betriebe ist den Arbeitern Badeeinrichtung sowie Ankleide- und Schraum zu beschaffen, die den gesundheitlichen Anforderungen entsprechend einzurichten sind.

7. Der Lohn wird den Arbeitern weiter gezahlt, wenn sie durch einen in ihrer Person liegenden Grund für eine verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit an der Arbeit verhindert werden.

Als nicht erhebliche Zeit werden nach der Beschäftigungsdauer von einem Monat bis zu einem Jahre 3 Tage angegeben, bei längerer Beschäftigung eine Woche.

Auf den Lohn für diese Tage kann jedoch Krankengeld oder ähnliche aus gesetzlicher Versicherung dem Arbeiter zustehende Unterstützung in Anrechnung gebracht werden.

8. Aus vorstehendem Vertrage entstehende Streitigkeiten werden, falls dieselben durch Verhandlungen des Unternehmers mit dem Arbeiterausschuß des betr. Betriebes nicht beigelegt werden, dem Einigungs- bzw. Tarifamt unterbreitet. Das Tarifamt besteht aus zwei Unterzeichnern vorstehenden Vertrages, seitens der Arbeitgeber und zweien von den Arbeitern zu wählenden Vertretern unter dem Vorsitz des jeweiligen Vorsitzenden des Königl. Gewerbegerichts Ebersfeld, oder einem von diesem zu bestimmenden unparteilichen Stellvertreter. Der Schiedsspruch dieses Amtes ist endgültig und für beide Parteien verbindlich. Die Wahlen zum Tarifamt werden von beiden Parteien getrennt geführt und gelten die Gewählten für die Dauer des Vertrages als Vertreter ihrer Parteien.

9. Vorstehender Tarif gilt für die Dauer von zwei Jahren, beginnend am 1. Juli 1906, endigend am 1. Juli 1908. Die Kündigung des Tarifes muß von einer der beiden Parteien 1 Monat vor dem 1. Juli 1908 erfolgen. Falls keine Kündigung erfolgt, gilt der Tarif auf ein weiteres Jahr. Der Tarif ist in jedem Betrieb an sichtbarer Stelle auszuhängen.

Von der Lohnbewegung in Leipzig

wird uns berichtet, daß dort bis jetzt 116 Meister mit 146 Gehilfen die Forderungen unserer Kollegen bewilligt haben, außerdem sind in den Großbetrieben mit circa 160 Gehilfen die Lohn- und Arbeitsbedingungen ja schon lange noch bessere, als wie sie hier verlangt wurden. Die Leipziger Innungsgrößen hielten sich nun, über diesen Stand der Dinge auch nur ein Wörtchen in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen, sondern sie hüllten sich nach wie vor darüber in vornehmtes Schweigen. Es ist auch zu blamabel für diese Herren, die erst den Mund nicht voll genug nehmen konnten und sich als die größten Scharfmacher im Germanienverbande aufspielten, jetzt nun sehen zu müssen, wie ein Meister nach dem anderen von ihren Getreuen herbeikommt und unsere Forderungen bewilligt.

Die „Leipziger Volkszeitung“ berichtet zur Lohnbewegung:

„Eine stürmische Innungsversammlung der Bäcker in Leipzig tagte am 4. Juli im „Sausjoui“. Der Grund zum stürmischen Verlauf war der Tagesordnungspunkt: Die Lohnbewegung der Gehilfen. Ein großer Teil der Unternehmer hat die wahrlich geringen und sehr zeitgemäßen Forderungen der Gehilfen anerkannt, trotz des Innungsbeschlusses, der sie abzulehnen befahl. Das brachte nun ins Innungslager eine heillose Verwirrung; das Publikum steht auf der Seite der Gehilfen und unterstützt die Bäckermeister, die die Forderungen anerkannt haben. Die Unternehmer, die nicht bewilligt haben, sehen ihre Kundenschaft immer mehr schwinden. Statt den einzig vernünftigen Weg einzuschlagen und ebenfalls zu bewilligen, muß der Innungschorstall alle Mühen spritzen lassen, um die anderen Meister zur Zurücknahme der Bewilligung zu bewegen. Bei den Gewerkschaftsführern würde man solches Vorgehen wegen Entstellung bestrafen, hier ist es aber staatsverhaltend und muß noch belobigt werden. Einen Antrag, mit den Gehilfen noch einmal zu verhandeln, lehnte die Versammlung gegen 5 Stimmen ab. Nun, das Publikum wird schon durch seine weitere Sympathie mit der Gehilfenschaft und den Unternehmern, die bewilligt haben, den übrigen Bäckermeistern das Verständnis für die Forderungen einpflanzen.“

In der Brotfabrik von Ernst Kummer in Dortmund

legten am 8. Juli unsere 5 dort beschäftigten Mitglieder die Arbeit nieder, weil ihnen am 7. Juli allen wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verbands gekündigt worden war. Am 6. Juli hatten Ullmann und Fischer betreffs Anerkennung des im Wuppertal abgeschlossenen Tarifes mit Kummer verhandelt und lehnte dieser die Anerkennung entschieden ab, während er 14 Tage vorher versprochen hatte, dasselbe zu bewilligen, was im Wuppertal bewilligt wurde. In der denkbaren prozenthaftigsten Weise erklärte er schon da, daß er die „Seher“ aus seinem Betrieb entfernen würde.

Nachdem am 9. Juli nochmals zwei Vertreter des Gewerkschaftsrates mit dem Vorsitzenden der Mitgliedschaft bei Kummer vorstellend waren und in der ruppigsten Weise von Kummer behandelt wurden, verhängte das Ratell den Boykott über den Betrieb. Hoffentlich gelingt es, diesen Prozen in die Schranken zurückzudrängen.

Lohnbewegung in den Kölner Brotfabriken.

Am 2. Juli fand eine Verhandlung statt zwischen den Gehilfen der Rheinischen Brotfabriken in Laik und Lindental und einer dreigliedrigen Kommission aus diesen Betrieben, der sich noch als Vertreter des Verbandes die Kollegen Ullmann und Dietrich zugesellten. Zum 15. Juli läuft der bestehende Tarifvertrag mit diesen Fabriken ab und war von unseren Kollegen ein neuer Tarif mit 2 M. Lohnerhöhung pro Woche und täglich 1 Stunde Arbeitszeitverkürzung eingereicht worden. Bei den Verhandlungen erklärten die Inhaber der Fabrik kategorisch, sich auf keinen neuen Tarif einlassen zu können, sondern der alte sollte weiter bestehen bleiben. Auch dem Vermittlungsvorschlage der Verbandsvertreter, den alten Tarif bestehen zu lassen und jedem Kollegen 1 M. Leuerungszulagen zu gewähren, stimmten die Herren nicht zu und scheiterten also die Verhandlungen.

Am 7. Juli abends hatten nun die Kollegen beider Fabriken Betriebsversammlung und beschlossen einstimmig, ihre Kündigung zum Tage des Ablaufes des Tarifes einzuschreiben, was auch sofort per eingeschriebenen Brief geschah. Nur die zwei Meister kündigten nicht mit, dagegen alle anderen 20 Mann, die alle Mitglieder unseres Verbandes sind. 17 dieser Mitglieder sind verheiratet und haben 29 Kinder zu ernähren. Hoffentlich werden die Herren von den Rheinischen Brotfabriken sich nun noch zu Verhandlungen und Entgegenkommen bereit finden, sonst würde ihnen ein schwerer Kampf bevorstehen, in dem sicher die organisierte Arbeiterkraft, als Abnehmerin dieser Betriebe auch ein ernstes Wort mit sprechen wird.

In der Brotfabrik Herrmann in Köln-Miettenburg waren von den dort beschäftigten Kollegen in letzter Zeit in aller Stille 11 Mann für den Verband gewonnen worden. Schon einmal hatte der Fabrikant unserem Vertrauensmann ohne jeden Anlaß gekündigt. Durch Vermittlung unseres Kollegen Dietrich war aber

Altsachsenburg. Infolge der schönen Erfolge des Deutschen Bäderverbandes scheint sich auch in Altsachsenburg unter uns in tief trauriger Lage lebenden Kollegen Licht und Erkenntnis der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses Bahn zu brechen. Am 3. Juli fand eine öffentliche Versammlung hier mit der Tagesordnung: „Warum organisieren wir uns und wo?“ In einem einstündigen Referat wies Kollege Hummel die Notwendigkeit und die allmähliche Entwicklung seit dem 15. Jahrhundert nach, wie die Sonderinteressen der heillosen Klassen trotz aller Unterdrückungsversuche von den kirchlichen Gesellenbrüderschaften und den Zünften sich mehr und mehr loszogen, bis zu den modernen Organisationen; erfreulich sei, daß auch die Vergnügungsvereine mehr und mehr zur Erkenntnis kommen und anerkennen, daß zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen nur die freien Gewerkschaften imlande sind; um so schändlicher ist es, daß es noch Arbeiter und Kollegen gibt, die vom Unternehmertum und Pfaffen sich kaufen lassen, und unter dem Ausbausegels „christliche Gewerkschaften“ Betrug und Verpöthung an der Arbeiterbewegung üben, welche weiter nichts als Streikbrecherorganisation sei, was Neben an zahlreichem Material beweist. Drei dieser Elemente hatten sich eingeladen und versuchten sich als „Vertreter“ der Arbeiter in Christo zu verteidigen, daß doch nicht alle

Christlichen gefaßte Streikbrecher seien, auch hätten nicht die Unternehmer und Pfaffen so großen Einfluß; dies sei nur dort, wo diese die Gräber sind. Die Verräter (Schneider, Grömling und Mib, so nannten sie sich) operierten so ungeschickt, daß letzterer an die Kollegen die Auflockerung richtete, bei den Herren Meistern dahin zu wirken, daß freigezwungene Organisierte keine Arbeit erhalten sollen, was von allen Kollegen mit einem einstimmigen Psst beantwortet wurde; ein anderer Verräter meinte: „das hält nicht sagen sollen. Jetzt sind wir entlarvt.“ Zum Beweise, daß die Kollegen die Brüder im „Schafstalle“ erkannt haben, trafen 4 Kollegen dem Verbands bei.

Brandenburg a. S. Öffentliche Versammlung vom 5. Juli 1906. Kollege Richter-Vorlin referierte über das Thema: „Die Verschlechterung und Verschleppung der seit 7 Jahren geplanten Bäderlei-Verordnung.“ Redner ging auf das Entstehen der Bäderarbeiterschutzeschließung ein, behandelte den Maximalarbeitsstag, streifte die Sonntagsruhe und wies nach, daß dieses nur erreicht sei durch die Organisation. Indem das damalige kleine Häuflein organisierter Kollegen in Broschüren und Versammlungen die Regierungen und herrschenden Klassen auf die überaus traurigen Zustände in den Bädereien aufmerksam machte. Auch der große Schweinefleisch-Prozess in Würzburg im Jahre 1899; der unglaubliche Bäderemissionsstand ausgedeutet und den Staatssekretär v. Posadowsky zu einer Stellungnahme im Reichstage veranlaßte, war ein Verdienst der organisierten Kollegen. Im Oktober 1900 legte die Regierung einen Gesetzentwurf zur Abstellung der bisherigen Verhältnisse vor, welcher bis heute noch nicht verwirklicht ist. Redner rief den noch nicht organisierten Kollegen zu, sich dem Verbande anzuschließen, nur dann sind wir in der Lage, uns bessere Verhältnisse zu erkämpfen und können auf die Bettelstuppen der Reichsregierung verzichten. Was in anderen Berufen möglich, müsse auch bei uns der Fall sein. In der Diskussion hebt der Kollege Reiser die Vorteile, die der Verband bietet, hervor, geht auf die Unterstützungsleistungen näher ein, zeigt den anwesenden nicht organisierten Kollegen, wie bevormundet sie werden, und nur derjenige Kollege, den Namen eines Kulturmenschen verdient, der seiner gewerkschaftlichen und politischen Organisation angehört. Von einzelnen unorganisierten Kollegen wurden Klagen geführt über die nicht innegehaltene Sonntagsruhe, ebenso über schlechte Kost und Logis. Betreffs der Sonntagsruhe soll die Sache am Kartell zur Sprache gebracht werden. Um der Kontrolle in den Bädereien mehr Nachdruck zu geben, soll ein Vertreter des Kartells teilnehmen. Drei Kollegen wurden der Organisation beigetreten. Mit einem Hoch auf den Deutschen Bäderverband erfolgte Schluß der Versammlung.

Bochum. Mittwoch den 4. Juli tagte hier eine öffentliche Versammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Allmann über „Die Lohnkämpfe der letzten Jahre und was lernen uns dieselben und wie schaffen wir uns bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen?“ Nachdem er den Kollegen klar vor Augen führte, was uns der Verband schon gebracht und noch bringen wird, wenn sich die Kollegen demselben anschließen, forderte er die anwesenden Kollegen auf, sich aufnehmen zu lassen. Zu dem zur Diskussion gestellten Referat meldete sich auch der Bädermeister Herbold zum Wort und brachte allerlei Abscheu auf das Tadel und erzählte von den guten Verhältnissen in Victoria. Zum zweiten Punkt hatte Kollege Houtz das Referat übernommen und machte derselbe den Kollegen klar, wie lächerlich die Rede des Obermeisters Böbbert, desgleichen die Heftrede des Vorsitzenden Wiffels vom Kleinbismarck Germania am Sonntag ausgefallen seien. Nachdem sich der Bädermeister Herbold, der in begreiflicher Aufregung geraten war, wiederholt zum Wort gemeldet hatte und auch gleichzeitig zum Beitritt in das christliche Verbands anforderte, verließ er unter allgemeinem Gelächter mit seinen Getreuen das Lokal. Unsere Mitgliederberausammlungen finden von jetzt ab jeden zweiten Sonntag im Monat nachmittags 4 Uhr im Lokale von Herrn Ludwig in der Roonstraße 84 statt.

Chemnitz. Eine gut besuchte Mitgliederberausammlung fand am 5. Juli statt. Kollege Gölzner eröffnete um 4 Uhr die Versammlung und erteilte Kollegen Granz das Wort. In seinem einstündigen Referat schilderte er den Kollegen die Erfolge der Lohnbewegungen in diesem Jahr. Gleichfalls kam er auf die traurige Lage der Chemnitzer Kollegen zu sprechen, daß sich dieselben bisher, trotzdem in Chemnitz mit Hilfe des Wohlwills ganz gut etwas zu erreichen wäre, von der Organisation fern hielten. Zu dem beifällig aufgenommenen Referat sprachen noch verschiedene Redner im Sinne des Referenten. Es war zu begrüßen, daß viele neue Mitglieder anwesend waren. Es wurde noch die Wahl eines Revisors sowie eines Schriftführers vorgenommen, erstere fiel auf Kollegen König. Letztere auf Kollegen Hoffmann. Auch wurde noch beschlossen, am 29. Juli einen Ausflug nach Oederz Gasthaus sowie Partanlagen in Mittelbach zu veranstalten. Die Debatte hierüber konnte wegen der vorgerückten Zeit nicht beendet werden und wurde dieselbe auf den 19. Juli vertagt. Zum Schluß gab Kollege Granz mehreren Mitgliedern eine Anekdote über 9 Bädereien zur Bearbeitung für die Organisation mit, forderte die Kollegen zur energischen Agitation auf, weil gerade in Chemnitz die Agitation eine besonders schwierige ist, da wir mit den bestehenden Verbandsvereinen zu rechnen haben. Kollege Gölzner schloß 123 Uhr die von gutem Geist besetzte Versammlung.

Deggendorf. Am 17. Juni fand hier eine Mitgliederberausammlung statt, in der Gauleiter Gagner über: „Das Recht im gewerblichen Arbeitsverhältnis“ referierte. Derselbe zergliederte in leicht verständlicher Weise alle Vorkommnisse, welche bei der Einstellung, in Streitfällen, bei Kündigung, Entlassung, Lohnfragen, Entschädigungsansprüchen und sonstigen Fällen entstehen. Besonders hob er hervor, daß der Arbeiter bei allen Fällen die größte Vorsicht walten lassen soll und nichts hernehmen soll, denn auch die Meister tun dies nicht. In allen Fällen können aber die Gehälften nur zu ihren Rechten kommen, wenn sie dem Verbande angehören, da ihnen dann Rechtschutz gewährt werden kann. Weiter wurde in der Diskussion die Meinung einzelner Kollegen bezüglich des Verbandes und dessen Wert erörtert und waren wohl alle der Ansicht, daß es eine harte Arbeit sein würde, alle Kollegen für den Verband zu gewinnen. Alle waren sich aber auch darüber einig, daß der Anfang einmal gemacht werden muß und jetzt mit aller Hingabe und Ausdauer weiter agitiert, sowie durch bewusste Aufklärung der Interessenten auch viele noch zu uns kommen, wenn sie sehen, daß es vorwärts geht. Der Geist der Versammlung zeigte auch, daß die Mitglieder ihr Möglichstes tun werden und nicht nachlassen, bis auch in Deggendorf von dem gestreuten Samen

Früchte geerntet werden können. Nach einem kurzen Schlußwort, worin Kollege Gagner betonte, daß statt der Furcht, die bisher in einzelnen Kollegen steckte, bei der jetzigen Sturmbegeisterung Zeit Mannesmut Platz greifen möchte, wurde die Versammlung, in welcher sich 5 Kollegen aufnehmen ließen, geschlossen. (Mögen nun auch die paar Mühsamkeiten wieder einlenken, denn nur dann ist etwas zu erreichen. D. Red.)

Dresden. Am 5. Juli hielt die Mitgliedschaft im Volkshaus ihre Monatsversammlung ab. Der Besuch war von vornherein ein sehr mangelhafter, gestaltete sich aber während des Vortrags zu einem leidlichen. Als Fortsetzung des Vortrags in einer früheren Mitgliederberausammlung, in welcher das Thema lautete: „Die wirtschaftliche Entwicklung und die Bedeutung der Gewerkschaften“, referierte Kollege Weinert diesmal über: „Streikzüge durch die ökonomische Entwicklung“. In seinem ersten Vortrag hatte der Referent eingehend das Interesse des Kapitalismus an der Heimarbeit geschildert, welche hemmend an den vorwärtsstrebenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen wirkt und deshalb das ungerechteste aller Produktionsysteme sei; so behandelte er diesmal an der Hand von Zahlenmaterial besonders den Fortschritt der technischen Entwicklung im allgemeinen und im besonderen und fand bei den Anwesenden Zustimmung. Der Kollege Paul erstattete den Kassenbericht für Monat Mai. Es war inkl. Bestand eine Einnahme von 817.75 M. und eine Ausgabe von 509.85 M. zu verzeichnen, bleibt ein Bestand für Juni von 308.— M. Anschließend gab der Kassierer die Zahl der seit Oktober 1905 umgekehrten Lokal- oder Streikbeiträge bekannt, welche ungefähr die Höhe des jetzigen Kassenbestandes bildeten, woran sich eine längere Diskussion schloß. Kollege Pfeifer äußerte den Wunsch, die Lokalbeiträge in einer besonderen Kasse zu führen, um bei Streiks als Unterstützungszuschüsse Verwendung zu finden. Vom Kollegen Meißner wird dies als unangängig richtig gestellt, laut Verbandsratsbeschlüssen. Hierauf nimmt der beifällig vertretende Vorsitzende Kollege Bietzmann das Wort, polemisiert gegen die Art und Weise der Verwendung der Lokalbeiträge und bekundet sich offen als Gegner derselben. Eine seiner früheren Auslassungen: „Andere Gewerkschaften hätten auch keine Lokalbeiträge“, wird ihm genügend vorgehalten und demgegenüber betont, daß andere Gewerkschaften bedeutend höhere Lokalbeiträge haben und sogar aus lokalen Mitteln ihre Ortsbeamten bezahlen. Kollege Weinert versichert in seinen Ausführungen, wenn alles andere nichts nützt, diese Frage durch die Presse zu klären. Ein Schlußantrag wird angenommen. Nachdem hervorgehoben ist, daß die Mitglieder in Prima und Meissen mit ihren Beiträgen sehr im Rückstande sind, werden die Kollegen Kern und Hermann, letzterer Oberbäder im Konsumverein Borsdorf, als über ein Vierteljahr mit ihren Beiträgen restierend, genügend an den Pranger gestellt und wird der Kassierer einstimmig entlassen. Die letztere Angelegenheit wird dem Vorstand zur weiteren Verfolgung überlassen. Eine Verhütung der Bilgischen Heilanstalt soll vom Vorstand in Berücksichtigung gezogen werden. Einige Beschwerden über den Arbeitsnachweis werden teils als unberechtigt, teils als ungenügend begründet rektifiziert, dem gegenüber gewünscht, die geltenden Vorschriften strenger zu handhaben. Vom Kollegen Weinert wird das Reflektieren und Spekulieren einer notwendigen Kritik unterzogen und gewünscht, in bezug auf das Beziehen der Stellen in Zukunft mehr gewerkschaftliche Disziplin und Vernunft zu üben.

In Gbingen fand am 13. Juni im Lokal zur Volkshaus eine Zusammenkunft der am Orte arbeitenden Kollegen statt. Kol. Mühlberger schiederte in ausführlicher Weise Zweck und Nutzen unseres Verbandes. Im gleichen Sinne sprach Kollege Jans. Die Anwesenden folgten den Ausführungen mit der größten Aufmerksamkeit und ließen sich auch zwei Kollegen aufnehmen. Weiter wurde die Hausagitation und die Ausfüllung der Fragebogen besprochen, auch wurde die Mitgliederberausammlung auf jeden ersten Mittwoch im Monat im Gasthaus zur Volkshaus festgesetzt. Zum Schluß sprach Kol. Mühlberger die Hoffnung aus, daß es bald möglich sein werde, hier am Orte eine Zahlstelle zu errichten.

In Erfurt fand am 5. Juli eine gut besuchte Versammlung statt. Genosse Helbig hielt einen interessanten Vortrag über „Die wirtschaftliche Lage der Bädereigenen“. Hauptächlich kritisierte er aus schärfster den Druck des Kost- und Logiszwanges. Der Vortrag wurde aufmerksam verfolgt und mit Beifall aufgenommen. Die Kritiker hatten in der letzten Versammlung genug bekommen, so daß sie heute nicht erschienen waren. Einige neue Mitglieder wurden für den Verband gewonnen und geht es rüstig mit unserer Mitgliedschaft vorwärts.

Görlitz. Endlich reihen sich die Kollegen hier den Schlaf aus den Augen und sind seit langer Zeit wieder eine von gutem Geiste besetzte Versammlung statt. Kol. Neigun sprach am 19. Juni hier über die Verschleppung der vor sieben Jahren angekündigten Bäderlei-Verordnung. Die Ausführungen wurden beifällig aufgenommen und entwickelte sich eine rege Debatte, in der auch Görlitzer Baderangehörige zur Sprache gebracht wurden. Neigun erläuterte die diesjährigen Erfolge bei den Lohnbewegungen und tadelte die bisherige Interesslosigkeit der Görlitzer Kollegen, sie zu energischer Organisationsarbeit aufzumuntern. Die Resolution wurde angenommen und drei neue Mitglieder aufgenommen.

Versammlung der Mitgliedschaft Altmann am 1. Juli zu Arnstadt. Der Vorsitzende eröffnete um 2 Uhr die Versammlung und gibt bekannt, daß ein Verleihen des Protokolls nicht stattfinden kann, da der Schriftführer nicht anwesend ist. Angeregt wurde, den Versammlungsbericht teils im Nachhinein zu veröffentlichen, diemal die Mitgliedschaft sehr zerstreut ist, und es denen auch nicht zugemutet werden kann, an den Versammlungen teilzunehmen. Bei den Eingängen von Hamburg und Wörlitz sowie Anträgen zur Konferenz, Entschädigung der Fahrt usw. wird ein dahingehender Antrag, welcher bejaht, diese Punkte auf die nächste Tagesordnung der Mitgliederberausammlung nachmals zur Verhandlung zu bringen, angenommen. Als Delegierter zur Konferenz geht der Vorsitzende Oscar Greiner aus der Wahl einstimmig hervor. Zum Kartellbericht wird auf einen eventuellen Brauerstreik hingewiesen, indem man das Produkt derjenigen Brauereien meiden. Unter Berücksichtigung wird ein Antrag, nur an arbeitende Kollegen am Tage des Gewerkschaftsfestes 1 M. zu zahlen, einstimmig angenommen. Für Unterstützung der Bibliothek werden Listen vorgeschlagen. Im weiteren findet eine Aussprache über Unterstützungszuschüsse statt. Als nächster Ort der Versammlung wird Altmann bestimmt. **Konstanz.** Am 1. Juli referierte Kollege Keding-Düßeldorf in einer öffentlichen gut besuchten Versammlung

über: „Streiks, Wohlwills und Ausperrungen als Waffen im wirtschaftlichen Kampfe und ihre Anwendung.“ Der Vortrag wurde recht beifällig aufgenommen und ließen sich 4 Kollegen in den Verband aufnehmen.

Köln. Eine von circa 60 Kollegen besuchte öffentliche Versammlung tagte am Freitagabend im Volkshaus. Auf der Tagesordnung stand: „Die Antwort der Aufsichtsbehörden auf die Eingabe vom 28. März d. J. betr. die Arbeitsvermittlung der Innung und das Verhältnis des Arbeitgeberverbands zur Kölner Bäderlei-Verordnung.“ Kollege Dietrich referierte hierüber und führte ungefähr folgendes aus: Am 28. März hatte sich eine von 100 Kollegen besuchte öffentliche Versammlung mit dem Verhältnis der hiesigen Innung zum Arbeitgeberverband und mit der Arbeitsvermittlung auf dem Sprechbureau der Innung beschäftigt. Die damals in dieser Versammlung vorgebrachten Beschwerden wurden zu einer Denkschrift formuliert, die dann an die Aufsichtsbehörde eingereicht wurde. Der Mitgeselle sowie der Gesellenauschuß überhaupt waren in dieser Versammlung nicht vertreten, weshalb die Versammlung sich direkt selbst an die Behörde wandte. In dieser Denkschrift war festgelegt, daß die Arbeitsvermittlung in ungerichteter und parteilicher Weise gehandhabt werde und daß der Arbeitsvermittler in seiner Eigenschaft als solcher und als Innungssekretär und Krankenkassenrentant auch zugleich die Geschäfte des Arbeitgeberverbands (Scharmacher-Verbandes) besorge. Dieses sowie auch die Tatsache, daß das Innungs-Krankenkassen- und Sprechbureau auch als Bureau des Arbeitgeberverbands diene, herbeizuführen gegen die §§ 81a, 81f, 2 und 88 der Gewerbe-Ordnung. Darauf wurde in der Eingabe hingewiesen. Mit der Eingabe war dann das Ersuchen an die Behörde verknüpft, daß diese den Sekretär der Innung, ob der ungerechten Art der Arbeitsvermittlung rektifizieren, die Innung aber veranlassen möge, baldigst ihr Bureau vom Scharmacher-Bureau zu trennen und daß diese auch eine baldige Neuwahl des Gesellenauschusses beistimmen lassen solle, da derselbe schon lange nicht mehr vollständig sei. Die Antwort der Behörde sei nun erfolgt. Sie lautet dahingehend, daß die Behauptungen in unserer Eingabe vom 28. 3. nach den Informationen durch den Gesellenauschuß jeder Grundlage entbehren. Demgegenüber führte Kollege Dietrich bei Rekapitulierung der behördlichen Antwort aus: Es sei z. B. zu beweisen, daß der Nebant der Innung auch zugleich die Geschäfte des Arbeitgeberverbands betreibe, und daß mit Innungsgeldern zum Teil die Agitation für diesen Verband bestritten werde. Die Arbeitsvermittlung werde ungerichtet gehandhabt; die Mitglieder des freien Verbandes könnten das am besten fühlen. Wenn sich die Aufsichtsbehörde auf die Aussagen des Mitgesellen und des Gesellenauschusses berufe, so könne das den Kölner Bädereigenen nicht gleichgültig sein, denn diese Geschlechtsvertretung könne keinen Anspruch erheben, als vollwertig anerkannt zu werden. Wenn der Gesellenauschuß heute noch vollständig sei, so müsse er sich jedenfalls aus Furcht vor einer öffentlichen Wahl ergänzt haben. Die Behörde verweist uns zur Abbringung von Beschwerden an die geschlechte Instanz, an den Gesellenauschuß. Dieser hätte es aber gar nicht für seine Pflicht, sich um Beschwerden zu kümmern, sonst wäre er heute in der Versammlung. Der Mitgeselle Jansen habe ferner die Behörde falsch informiert, ja sogar direkt angeleitet. Der Referent schloß seine Ausführungen mit folgenden Worten: Jedenfalls müßten die Kölner Bädereigenen die Beschwerden aufrecht erhalten, und wolle die Behörde angesichts der nicht wegzuleugnenden Zustände beide Augen zudrücken, so sehe ich die Geschäftsfähigkeit gezwungen, die Öffentlichkeit in ausgiebiger Weise mit dieser Angelegenheit bekannt zu machen. In der sich an das Referat anschließenden Diskussion wurde hauptsächlich das schon am 28. März vorgebrachte nochmals bekräftigt und namentlich das Verhalten des Gesellenauschusses scharf getadelt. Folgende Resolution wurde, nachdem dem Bureau aufgetragen war, die Sache weiter zu verfolgen, einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung der Bädereigenen von Köln hält an dem in der Eingabe vom 28. März bezüglich des Arbeitsnachweises der Innung und des Arbeitgeberverbands für das Bädereigenen Gejagten fest. Die Versammlung verurteilt aus schärfster das schändliche Verhalten des Gesellenauschusses in dieser Angelegenheit und verpflichtet sich, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß der jetzt bestehende Gesellenauschuß, der längst nicht mehr das Vertrauen der Gesellenchaft besitzt, bald durch einen neuen ersetzt wird.“

Königsberg. Eine öffentliche Versammlung fand am 27. Juni er., nachmittags, im Festsaal statt. Der Vorsitzende, Kollege Drost, hielt das Referat. Redner wies auf die diesjährigen Lohnbewegungen im Bädereigenen Deutlichkeits hin und bemerkte, daß bei einem Minimallohn von 23 M. in Berlin das Gerede der Meister ganz haltlos sei, daß durch die Forderungen der Kollegen das Handwerk zugrunde gerichtet werde. Weiter machte sich Redner gegen das Bevormundungssystem, das im Kost- und Logiszwang der Gesellen in die Erscheinung tritt, und nannte die Forderungen der hiesigen Bädereigenen vom Jahre 1903 eine Verhöhnung der Bädereigenen Königsbergs. Sodann kam Redner auf die Maßregelungen in der ostpreussischen Brotfabrik des Herrn Dietrich zu sprechen. Herr Dietrich, der zu dieser Versammlung eingeladen war, teilte in einem Schreiben der Versammlung mit, daß der betreffende Geselle wegen Trunkenheit entlassen sei und daß er vom hygienischen Standpunkt aus einen solchen Gesellen nicht dulden könne. Redner fragte, ob es auch vom hygienischen Standpunkt zu rechtfertigen sei, daß Herr Dietrich Bädereigenen, die Schwären herstellen, zum Mitbacken und Ausheben der Dungguthe verwende? Redner war der Ansicht, daß Herr Dietrich Betrandtheit und Krankheit der Gesellen als willkommene Vorwand benutzte, um solchen Gesellen den Stuhl vor die Tür zu setzen, die sich im Bädereigenenverbande als Führer hervorgetan haben und dadurch in den Bereich sozialdemokratischer Gewinnung gebracht haben. So ist Herr Dietrich mit der Bezeichnung „Mörder“ schnell bei der Hand. In der Diskussion hob Genosse Mertins gegenüber einem Redner hervor, daß „Sozialdemokrat“ keine Beleidigung, sondern ein Ehrenname sei, daß aber in erster Reihe die gewerkschaftliche Organisation notwendig sei. Ein zweiter Redner bemerkte, daß die Polizeibehörde gar nicht sachmännisch genug unterrichtet seien, um bei der Kontrolle der Bädereigenen hinter die Mäntel und Schürzen der Meister zu kommen. Dazu sei nur ein Nachmann instanzlos; deshalb sei es notwendig, zu jeder Revision einen solchen hinzuzuziehen. Kollege Alnd hob unter allgemeiner Zustimmung hervor, daß von den Bädereigenen nichts zu erwarten ist und daß das Teil

der Gesellen nur im Anschluß an den Bäckergefellensverband beruhe. Zum Schluß wurde ein Antrag des Kollegen Guppel angenommen, wonach mit dem Gewerkschaftsstellvertretergemeinsamen Schritte beraten werden sollen zum Zweck der Wiedereinstellung des von Herrn Dietrich entlassenen Gesellen. Nachdem noch 3 Kollegen dem Verbands beitraten, wurde die gut besuchte Versammlung um 6 Uhr geschlossen.

Landshut. Am 1. Juli fand hier eine Bäckergefellensversammlung statt. Kollege Wagner-Mannheim sprach über das Thema: „Das Verhalten einer organisierten Arbeitergesellschaft nach Abschluß eines Lohnvertrages“. Der Referent legte es den Anwesenden nahe, wie notwendig es sei, auch nach einer gelungenen Lohnbewegung seiner Berufsorganisation treu zu bleiben und erarbeitete für die interessanten Ausführungen großen Beifall. Daß unsere Kollegen sehr wenig Interesse für eine Versammlung haben, beweist, daß von den 90 Mitgliedern nur etwas über 30 anwesend waren.

Köln. Am 20. Juni fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Liescher über „Die Verschlechterung und Verschleppung der seit 7 Jahren geplanten Bäckereiverordnung“ unter großem Beifall sprach. Redner forderte zum Schluß die Kollegen auf, der Resolution zuzustimmen und dem Verbands beizutreten. Kollege Brüggemann sprach im Sinne des Referenten. Nach diesem meldeten sich die Mitgesessenen Liescher und Roth zum Wort, um sich in persönlicher Weise gegen die leitenden Kollegen im Verbands zu wenden, welches aber sofort als lächerlich hingestellt werden konnte. Kollege Liescher forderte in seinem Schlusswort die Kollegen auf, endlich die Schärmmacherei gegen den Verband ruhen zu lassen und alleamt demselben beizutreten, welcher Aufforderung 2 Kollegen nachkamen.

Schönebeck a. E. Am Dienstag den 3. Juli fand hier selbst in „Hentes Gesellschaftshaus“ eine öffentliche Versammlung statt, welche, wenn auch nur mäßig besucht, doch alle bisher stattgefundenen an Erfolg überflügelte. Kollege Gieseler ließ es sich angelegen sein, über die seit 1900 verprochene Bäckereiverordnung und die seitens der Regierung geplante Verschlechterung derselben, sowie anschließend über Arbeitgeberverband im Bäckergewerbe und die Stellung der Gesellen zu demselben zu referieren. Gestützt durch späteres Jura die Sympathie befreundeter, langjährigen der anwesenden Kollegen seinen Ausführungen. Die Diskussion ließ erkennen, daß das Verbands der Meister, der „rote Verband“ findet in Schönebeck keinen festen Fuß, nicht zutrifft. In der ersten Zeit wollte es allenfalls so scheinen, doch mit einem Nod fällt kein Baum. Die Agitation, welche damals fast ausschließlich nur bei den Lehrlingen einziehen konnte, da man an die Gesellen nicht herankam, hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Der Same trägt jetzt nach Jahren erst seine Frucht. Zur Ehre eines unserer Kollegen muß natürlich gesagt werden, daß ein großer Teil des Erfolges seinem ruhigen Arbeiten zuzuschreiben ist. Die Ausprägungen des Geholts sowie der Disziplinärrechner waren so handgreiflich, daß die Notwendigkeit des Zusammenstehens wohl keinem der Anwesenden überflüssig erschien. Zum ersten Teil des Vortrages wurde die bekannte Resolution einstimmig angenommen. Zum Schluß wurde vom Vorsitzenden ein Schreiben an den Magistrat, betreffend die drei freien Räume an den hohen Festtagen, verlesen und beschlossen, dasselbe abzugeben. Wenn es so weiter geht, so wird auch in der Provinz Sachsen — dem Schmerzenskind des Verbandes — der Schlichter fallen und mit dem Ertragen der Kollegen die alte Zeit einer besseren Platz machen.

Wetzlar. Am 20. Juni fand eine öffentliche Versammlung statt. Es waren 17 Kollegen anwesend. Kollege Kunkel als Hauptreferent referierte über die wirtschaftliche Lage im Bäckergewerbe und die gegenwärtigen Lohnbewegungen. Er führte den Kollegen in 14-stündiger Rede alles klar vor Augen. Es wurde ihm auch großer Beifall gezollt. Unter „Verschiedenes“ kam es zu einer größeren Diskussion wegen der Jahre, wobei bemerkt wurde, daß wir die Jahre am längsten in unserem Besitz haben. Es wurde hier und da Giezen der Kollegen große Mühe, sich zu organisieren, denn gerade hier in unserer Gegend herrschen noch die trügerischen Verhältnisse. Deshalb, Kollegen, tretet ein in den Verband, der leidet Euch mehr wie eine kleine Reise. Erweist also alle in der nächsten Versammlung. Auch hat sich die Mitgliedschaft mit der Jahre um 4. Preisen in Hanten bei Giezen beteiligt, wo uns besondere Ehre erwiesen worden wurde.

Verschiedenes.

Organisation des Kapitals. In der Schweizer Mollerei-Zubehöre macht sich in letzter Zeit eine sehr enge organisatorische Tätigkeit bemerkbar; aus zahlreichen Mitteilungen entnehmen wir, daß sich die Unternehmern mehr und mehr zusammenlagern, um ihre Projekte zu sichern. Sie verlieren dabei einen großen Teil ihrer Selbstständigkeit, limitieren sogar aber ihre Erträge. In Bern hat sich jüngst ein Ring von 19 Mollereifirmen gebildet unter dem Namen „Verband der Mollerei Bern A.G.“, Kapital 1.000.000 Fr. Es kam Ende 1904 haben sich 10 Handelsbanken des Kantons Argau zu einer „Mollereigesellschaft mit Zentralverwaltung“ zusammen geschlossen. In der Schweiz wird ein ähnliches Syndikat angebahnt, welches allerdings ein erstes Verbot ist, weil die Firmen nicht ethisch gegen einander zu sein vermögen. Das Syndikat der Berner Mollerei J. J. A. G. vereinigt sich alle Mollerei des Kantons Bern. Die Mollereibetriebe arbeiten aus einem Syndikat. Abermals also Organisation, die ja bald auch dazu führen wird, daß die einzelnen Betriebe mit einander in Verbindung treten. Was den Mollereien, welche die Mollerei mit einander abhaken, geht hervor, daß die Personalität des einzelnen Mollereis mehr und mehr verschwindet. Die einzelnen Betriebsmollerei verzichtet auf jeden Bestand mit der Mollerei, sie erhält die Mollerei von einer „Zentral-Verwaltung“, die auch mit den Banken allein verkehrt. Auch das und Centralität kennen bloß das Zentralbureau, das die Mollerei der Mollerei notiert, an die Mollerei verteilt, kontrolliert, einleitet und alles Mollerei unterstellt. Der Mollerei kann höchstens noch sagen, er verlangt Mollerei von der und der Mollerei, aber er darf nicht direkt mit ihr verkehren. Auch hier wird also die ganze Produktion von einer Zentrale aus geleitet, und das heißt ein Kapitalismus, wie wir es kennen. Ein Angehöriger kann hier auch sehen, daß die Personalität des Unternehmers immer schwächer wird. Die, die wirklich die Arbeit leisten, brauchen nur noch kein Kapital. Wenn also andere damit arbeiten, warum soll er dann noch den Faden davon haben?

Die Resolution 59 des Kölner Gewerkschaftskongresses sei hiermit unseren Lesern in Erinnerung gebracht, damit sie ihren Zweck nicht verfehlt. — Sie lautet: „Der fünfte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erklärt: Da die Agitation unter den Barbier- und Friseurgehilfen infolge der rückständigen Verfassung des fraglichen Gewerbes außerordentlich erschwert ist, und der Barbier-Frisierbund einen vorzüglichen Erkennungsdienst“ unterhält, um den Gehilfen die Ausübung des Koalitionsrechts zu verlegen, ist es notwendig, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jede sich ihnen als Kunden der Barbier- und Friseurgeschäfte bietende Gelegenheit zur Aufklärung der Gehilfen benützen und nötigenfalls ihren Einfluß geltend machen, um die Gehilfen zu bewegen, das Koalitionsrecht anzuerkennen.“ Anfragen und Materialbestellungen sind zu richten an F. G. Horn, Hamburg 19, Osterstraße 166.

Gewerkschaftliche Kämpfe in Skandinavien. Der Streit der Bäcker Norwegens gegen die vom Storting beschlossene teilweise Wiedereinführung der Nacharbeit nimmt einen günstigen Verlauf. Der größte Teil der Bäckermeister hat sich schon verpflichtet, von der Verschlechterung des Bäckergesetzes keinen Gebrauch zu machen. Die Zahl der streikenden Mitglieder des Norwegischen Bäckerverbandes beträgt jetzt nur noch 117. In Christiania, Trondhjem Bergen und anderen Städten hat die Bäckereigewerkschaft eigene Bäckereien errichtet oder andere Bäckereien übernommen um Streikenden Beschäftigung zu geben und der Arbeiterchaft kostloses Brot zu liefern. Eine Aussperrung von 12.000 Arbeitern hat die Dänische Arbeitgeber- und Meistervereinigung in Aussicht gestellt, falls einige hundert Holzarbeiter auf den beiden größten Schiffswerften Kopenhagens die Arbeit niederlegen. Ueber den Streit soll am 6. Juli beschlossen werden. Kommt es dazu, dann wollen die Unternehmer nach Verlauf einer Woche ihre angebotene Aussperrung teilweise, und wenn das nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit durch die Streikenden führt, nach weiteren 8 Tagen in vollem Umfang durchführen. — Die Angestellten der schwedischen Staatsbahnen sind offenbar fest entschlossen, ihre Forderungen zur Lohnregelung für das Extrapersonal, wenn es sein muß, durch eine Arbeitsniederlegung über das ganze Land zur Geltung zu bringen. Kürzlich fand in Stockholm eine von 800 Eisenbahnern besetzte Versammlung statt, die den vor einiger Zeit in der Ortsabteilung des Eisenbahnerverbandes gefassten Beschluß über die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen bekräftigte. Die teilnehmenden Eisenbahner erklärten sich mit ihren als „Extraperonal“ tätigen Kollegen solidarisch.

Die Liebe macht erfinderisch. Auf einem ganz neuen Schwimmbad ist das Zentrum verfallen; die schwarzen Männer „in Christo“ sammeln mal wieder Mariänen und lustigen Abfall — man höre und staune — für die Kinder der Heidenmission. Heute Glas- und Porzellanzerberben ziehen nun wohl bei den Afrikanern nicht mehr? Deshalb werden jetzt (eben nicht laden) Bleiplomben von den Heidenmissionen gesammelt, jedenfalls für die Kinder der Heidenmission zum Spielen? — oder — sollten diese Bleiplomben nicht auch in einer Patronenfabrik Verwendung finden können? Man möchte doch seitens der schwarzen Dankschauer mal bei den Bäckergesellen anfragen, ob sie kein altes Blei auf Lager haben, denn einige lieben sehr den Sport des Blei-Kloppen-Sammelns, dann könnte das Zentrum zu einem großen Kampfen Blei kommen!

Wie man Streikbrecher abhaken läßt. Der große Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet ist wohl noch in aller Gedächtnis, über zweimal 100.000 Arbeiter kämpften gegen die miserablen Zustände in den Kohlenbergwerken und um Besserstellung ihrer Existenz, jeder sympathisierte mit den Bergleuten; und trotzdem konnten es noch verschiedene Schwärme fertig bringen, ihren Arbeitsbrüder in den Minen zu fallen, indem sie hingen und weiter arbeiteten. Dieser Streikbrecherhand wurde denn auch vor den Justizverordnungen alles mögliche und unmögliche für ihre Speichelleckerei verbrochen — und sie arbeiteten nun für drei. Aber, oh Schreck, wie sie nun nach dem beendeten Streik ihren Judaslohn haben wollten, antwortete man ihnen mit Holzlügen: „Ihr könnt ja froh sein, daß Ihr während des Streiks Arbeit hattet.“ So mußte es auch kommen. Aber etwas haben sie denn doch noch erreicht für die Berräterei, sie bezahlten für eine Karre Kohlen 2 M., worgegen andere 4 M. bezahlen müssen!

Wie Chokolade fabriziert wird. Während des Streiks in der Chokoladefabrik Tobler in Bern wurde die Fabrikleitung von verschiedenen Seiten beschuldigt, alles Denzeng in die Welt zu bringen zu haben zur Einlagerung von Streikbrechern. Ferner wurde behauptet, daß sich die Streikbrecher in der Fabrik wählten und sammelten. Herr Tobler drohte darauf mit einer Strafklage. Jetzt ist die „Berner Tagblatt“ in der Lage, aus dem Bericht der amtlichen Untersuchung folgendes mitzuteilen: Aus der Untersuchung des Staatsarztes, Herrn Dr. N. hat sich ergeben, daß in den Verkaufsräumen im zweiten Stock für 20 bis 25 Arbeiter Schaffellen vorhanden seien. Der polizeiarztliche Bericht schloß mit dem Antrage, es seien im kleineren Raum nur 6-7 Arbeiter zu logieren; die offene Chokolade müsse aus den Verkaufsräumen beiseite und die Körperreinigung der Arbeiter (Waschen und Können) außerhalb der Verkaufsräume vorgenommen werden. Das ist das Ergebnis einer offiziellen Untersuchung, das allen Konsumierenden Toblerischer Chokolade zur Appetitanregung empfehlen sei. In Deutschland kommt so etwas natürlich nicht vor. Über jetzt hier nur an der Untersuchung? Nun die Ergebnisse, welche über die Art- und Logis-Verhältnisse beim Meister angenommen worden sind, werden sicherlich auch noch recht interessantes Material bringen.

Literarisches.

— **Gewerkschaften und Unternehmerverbände.** Just zur rechten Zeit inmitten der wirtschaftlichen Kämpfe, die sich jetzt abspielen und die nicht nur die Arbeiterchaft in Alarm halten — erscheint unter obigem Titel eine Broschüre des Reichstages Dr. August Müller in Magdeburg, in welcher in vier Abschnitten die streikenden Kräfte der Aussperrungen, die Unternehmerverbände, eingehend gewürdigt werden. Die Schrift ist bestimmt, den Arbeitern und allen Kreisen, die sich für diese Materie interessieren, über das Wesen, die Entstehung und Form sowie über die Kampfmittel der Unternehmerverbände Aufschluß zu geben. Diese Aufgabe wird erfüllt, wie schon das Inhaltsverzeichnis zeigt: Vorwort. 1. Das Wesen der Unternehmerverbände. 2. Entstehung und Form der Unternehmerverbände: Zentralverbände, die verschiedene Berufe umfassen

und Unternehmer-Zentralverbände, die nur Angehörige eines bestimmten Berufes umfassen; Unternehmerverbände, die verschiedene Berufe umfassen, aber ihre Tätigkeit auf einen Ort oder einen Bezirk beschränken; Unternehmerverbände lokaler Art, die sich auf einen Beruf beschränken; Die Zentralisation der Unternehmerverbände, 3. Die Kampfmittel der Unternehmerverbände: Die Streikversicherung der Unternehmerverbände, Die Aussperrungen, Der Arbeitsnachweis als Streikbrechervermittlungsinstitut, Schwarze Listen, Die Streikläusen, Interimserverbände und öffentliche Meinung, 4. Gewerkschaften und Unternehmerverbände: Die Stärkung der Unternehmerstellung durch die Organisation; Gegenseite im Unternehmerlager. Schlußfolgerungen. Anhang (Statut des Arbeitgeberverbandes Magdeburg).

Das Werkchen ist um so verdienstlicher, weil eine zusammenhängende Arbeit über die deutschen Unternehmerverbände überhaupt noch nicht vorliegt und weil nicht zum wenigsten aus diesem Grunde die Macht jener Organisationen in Arbeiterkreisen eine sehr verschiedenartige Bewertung findet. Was Dr. Müller im vierten Abschnitt seiner inhaltreichen Schrift über diese Unternehmermacht sagt, wird beruhigend auf die Besessenen wirken, zugleich aber wird es die Sorglosen auch eindringlich an die Pflicht erinnern, mit unablässigem Eifer die Werarbeit, die Schulung der Mitglieder, die finanzielle Stärkung und die Verschmelzung leistungsunfähiger Organisationen zu größeren Verbänden zu betreiben. Eiserne Disziplin, ein Geldsack, der gar nicht groß genug sein kann, und taktisches Geschick werden die Mittel sein, womit die Gewerkschaften ihre nächsten Ziele Anerkennung der Organisation und „kollektiver Arbeitsvertrag anstelle des individuellen“ allen kurzfristigen, auf ihrem veralteten Herrenstandpunkt beharrenden Schärmmachern zum Trotz, erreichen werden. Die vorliegende Schrift wird sich als eine schneidende Waffe in den bevorstehenden Kämpfen erweisen. —

Achtung! San Hamburg!

Auf Beschluß des Gaudvorstandes finden folgende Agitationsversammlungen statt:

Sonntag den 22. Juli: Göttingen;
Montag den 23. Juli: Alfeld;
Dienstag den 24. Juli: Hannover;
Mittwoch den 25. Juli: Celle;
Donnerstag den 26. Juli: Hildesheim;
Freitag den 27. Juli: Braunschweig;
Sonntag den 29. Juli: Osnabrück;
Dienstag den 31. Juli: Wilhelmshaven;
Mittwoch den 1. August: Bremerhaven;
Donnerstag den 2. August: Rineburg;
Freitag den 3. August: Harburg;
Sonntag den 4. August: Segeberg;
Sonntag den 5. August: Kiel;
Dienstag den 7. August: Neumünster;
Mittwoch den 8. August: Altona (Reishöfen);
Donnerstag den 9. August: Hamburg;
Freitag den 10. August: Wilhelmshaven;
Sonntag den 11. August: Altona (Großbäder);
Sonntag den 12. August: Bremen.

Referent in allen Versammlungen W. Kahl-Heipzig.

Mittwoch den 18. August: Rostock;

Sonntag den 22. August: Schwerin.

Referent C. Stubbe.

Werie Kollegen! Entfaltet eine eifrige Agitation, damit auch der letzte Kollege zu diesen Versammlungen erscheint.

Der Gaudvorstand: F. M.: B. Liescher.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Auf Antrag der Mitgliedschaft Wiesbaden wurde das Mitglied

Albert Groß, Buchn. 27 067,

aus dem Verbands ausgeschlossen; gleichfalls auf Antrag der Mitgliedschaft Halle

Fr. Wille, Buchn. 18 680.

Die Mitgliedschaften und Einzelmitglieder, welche die Fragebogen und Lohnlisten noch nicht eingesandt haben, werden aufgefordert, dieses sofort zu tun, da die dann noch fälligen Mitgliedschaften in nächster Nummer dieses Blattes öffentlich gemacht werden müssen.

Der Verbandsvorstand. F. M.: D. Altmann, Vorst.

Quittung.

Vom 24. Juni bis 8. Juli gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Monat Juni: Mitgliedschaft Thorn A 37.10, Erfurt 21.50, Schönebeck 12.50, Traunstein 65.70, Deggendorf (Nachtrag) 7.20, Rannheim 460.20, Duisburg 26.—, Jümenau 22.40, Frankfurt 651.15, Gumburg 1588.60, Magdeburg 214.10, Gasse 42.80, Halle 71.30, Rudolstadt 31.30, St. Johann 66.—, Hofenheim 118.20, Nürnberg 274.50, Bremen 213.60, Mainz 165.15, Wiesbaden 245.20, Düsseldorf 109.30, Berlin 3018.85, Freiburg 36.30.

Für Mai: Bielefeld A 9.20, Wilhelmshaven 36.60, Dortmund 126.—, Schwenningen 14.90, Uplda 11.20, Etzthal 40.—, Segeberg 42.80.

Für April bis Juni: Mülhausen A 28.—, Für März bis Juni: Bromberg A 11.—, Für April und Mai: Odenburg A 64.90.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: R. M. Freiburg A 8.50, F. M. Giesburg 8.50, F. G. Wollin 12.—, G. G. Kempter 3.—, R. B. Gumburg 3.—, E. G. Dwielenitz 5.—, E. u. Gassen 5.—, E. M. Dufort 26.—, G. G. Kempter 13.—, G. M. Dufort 6.50, F. G. Reinbeck 4.—, F. M. Giesburg 5.—, F. G. Oberweibach 19.50, R. B. Gumburg 45.50, F. M. Giesburg 29.50, R. B. Gumburg 17.50, R. G. Wende 23.50, R. G. Wende 35.—, F. T. Schmalz 2.50, F. B. Dammendorf —20, G. G. Reinbeck 16.—, E. G. Giesburg 5.—, R. B. Göttingen 4.50, R. B. Göttingen 5.50.

Für Abonnements und Annoncen: Zentr.-Fr.-L. Leipzig A 4.80, Zentr.-Fr.-L. Frankfurt 4.80, Zentr.-Fr.-L. Halle 9.30, F. B. Düsseldorf 3.—, M. B. Karlsruhe 3.—, F. M. Döbberlin 3.30, Mitgliedschaft Schwenningen 2.00, Segeberg 2.—, Frankfurt 2.80, Düsseldorf 6.80, Freiburg 2.—.

Der Hauptkassierer: Fr. Friedmann.